

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dietrichsches Verlagsbuchhandlung:
Wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren:
Betragt für die festgelegte Kolonnen-
breite oder deren Raum 40 Pf., für
Berichts- und Veranlassungs-Anzeigen,

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Freitag, den 17. September 1897.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

Von den bürgerlichen Oppositionsparteien.

Im Lande Bayern haben kurz nacheinander zwei Parteien der bürgerlichen Opposition in Deutschland Heerschau abgehalten, die Zentrums-Partei in Landshut, die freisinnige Volkspartei in Nürnberg.

Zu allgemeinen liefern die Berichte über die Parteitage bürgerlicher Parteien gerade keine aufregende Lektüre. Von den großen Zeitfragen sind die Verhandlungen wenig berührt.

Zusofort hebt sich der Zentrumstag nun aber doch vorteilhaft ab von dem Freisinnstag, als die Verhandlungen in Landshut wenigstens öffentlich waren.

Allgemeines Interesse erregt selbstverständlich die Frage, wie sich die Partei bei den Wahlen anderen Parteien, insbesondere der sozialdemokratischen Partei gegenüber stellen würde.

Ebenso weicht die freisinnige Volkspartei auch nicht in der Sozialpolitik aus dem gewohnten Geleise. Wes Geistes die Verhandlungen über die Arbeiterfrage waren, das geht aus folgender Mitteilung der „Freis. Ztg.“ hervor:

Stadtv. Goldschmidt-Berlin nimmt in Anbetracht an den Reichstagsbericht Veranlassung, die Verordnungen und das ganze Gebiet der Arbeiterbewegung, der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und des Gewerkschaftswesens zu erörtern; er betont, daß man sich überall hüten solle, als ob in einer Lohnbewegung lebende Arbeiter immer sozialdemokratische seien.

Aus diesen beiden Ergüssen sozialpolitischer Weisheit, die jedenfalls die Glanznummern der Debatte vorstellen, kann man etwa ermessen, was sonst noch an Sonderleistungen St. Manchesters zum besten gegeben wurde.

Auch die Zentrumspartei ist die alte geblieben. Neu ist nur die veränderte Taktik, die ihr die Angriffe der Bauernbündler in Bayern aufgedrängt haben.

selbständig sich. Im Süden zeigt das Agrariertum und ein anderes Gesicht als im Norden. Dort wo die Bauernwirtschaft vorherrscht, ist es demokratisch angehaucht, es ist nicht verschwätzt und verschwächt mit Offizierschaft, Hofadel und Bureaucratie wie der preussische Großgrundbesitz, und so hat es sich eher selbständig entwickeln können.

Das bedeutet jedenfalls einen Fortschritt in unserer politischen Entwicklung, eine konfessionelle Partei ist eine Anomalie. Sie muß schließlich gesprengt werden durch die in ihr enthaltenen Interessengegensätze.

Aus England.

(Rückblick auf den Trade-Unions-Kongress. Stand des Maschinenbauer-Kampfes.)

Der Birminghamer Trade-Unions-Kongress ist vorüber und es gleizent sich wohl, den Berichten über seine Verhandlungen eine kurze Würdigung seiner Leistungen folgen zu lassen.

Thomas Ashton (Manchester, Bergarbeiter-Föderation): „Kongress völlig auf der Höhe seiner Vorgänger. Aber es ist mehr Arbeit außerhalb des Kongresses nötig und weniger Ergehen in bloßen Abstraktionen und frommen Wünschen.“

John Dodds (Stahlschweißer, Manchester): „Eine zum größten Teil langweilige und uninteressante Versammlung. Zu viele jährliche Danzerpläne“ und fromme Wünsche in die Form von Resolutionen gegossen.

Edward Harford (Eisenbahner, London): „Wir brauchen weniger Resolutionen, ausdehnende Diskussion und enges kongressartiges Wirken in der Zeit zwischen Kongress und Kongress.“

Ben Piskard (Bergarbeiter-Föderation): „Die Debatten waren dürftiger wie gewöhnlich, und der Umstand, daß der Saal zu eng war, hat die Verhandlungen etwas beeinträchtigt. Aber die wirkliche Schwäche des Kongresses ist die Unmasse überlebender Anträge.“

Will. Thorne (Gasarbeiter): „Zu viel Schwatz und nicht genug Diskussion. Der Kongress war so gut wie irgend einer in den letzten drei oder vier Jahren, und wenn es keine stürmischen Szenen gab, um die Woche für die Blätter interessant zu machen, so deshalb, weil die vorgeschrittenere Richtung die gegebenen praktischen Schwierigkeiten einseht und die bedächtigeren Richtung vorwärts kommt.“

John Ward (Erzarbeiter): „Der solideste und geschäftsmäßigste Kongress, den ich noch besucht habe. Wir waren freilich schlecht untergebracht, und die Reden waren mehr oder weniger dürftig, aber die gegenseitige Annäherung der Standpunkte in einer Richtung, die mir die richtige erscheint, wiegt jede persönliche Unbequemlichkeit und den Mangel des dekorativen Elements auf.“

Alexander Wylie (Schiffszimmerer, Newcastle): „Der Kongress ist so gut verlaufen, wie dies bei einer überfüllten Tagesordnung nur erwartet werden konnte. Wir haben die Sache zu vereinfachen gesucht, indem wir die Gegenstände in Gruppen abteilten.“

Genug. Sechs weitere Delegierte wiederholen nun in wenig veränderten Worten, was der eine oder andere der hier genannten gesagt. So urteilt John Wilson, der Vertreter der Bergarbeiter von Durham, gerade so abprechend über die Verdrängung ruhiger Erwägung durch wilde Deklamationen, wie der ihn in der Schlüsselfrage so bitter beschließende Piskard, und mit diesen „Fossilien“ übereinstimmend klagt der zu den Radikalen zählende Fred Rogers (Wein-Wachbinder, London), daß ihn die argumentative Seite der Debatten meist sehr enttäuscht habe; mit einem Jektel der Tagesordnung würden die Erwägungen mehr durchdringt werden und die Verhandlungen auf das Land Eindruck machen, was sie, fürchte ich, zuweilen, jetzt nicht thun.“

Wie zu erwarten, hat die Frage der Zusammenschließung der Gewerkschaften in einen großen Föderativverband für Widerstandszwecke den Ehrenplatz auf dem Kongress behauptet. Freitrag die Tagesordnung suspendiert, und mit Ausnahme der Bergarbeiter-Delegierten, die sich neutral hielten, stimmte der Kongress einstimmig für die Bildung eines solchen Schutz- und Truhnenverbandes, dessen Verfassung eine aus 13 Mitgliedern bestehende Kommission auf Grund des Prinzips ausarbeiten soll, daß Leistung und Unterhaltung in Verhältnis zu einander stehen sollen.

Die Sammlungen von Geldern für die kämpfenden Maschinenbauer in die Hand genommen hat. Eine zweite Wirkung des Maschinenbauer-Kampfes ist die fast einstimmige Annahme des Antrages Thorne auf Einbringung eines Achtstunden-Gesetzes im Parlament bei der jetzigen Zusammensetzung des Parlaments und dem bestehenden Wahlsystem allerdings vorläufig nur eine theoretische Demonstration. In Form einer Resolution über die Arbeitslosenfrage wurde am letzten Tage auch die Arbeiterbeschäftigungsförderung vorgebracht und angenommen, mit nicht größerer Erregung oder Teilnahme wie der Antrag auf Verschärfung des Gesetzes über die Baucensprungs-Marken. Ihre Gegner haben es für praktischer gefunden, sie auf diese Weise schmerzlos aus der Welt zu schaffen, statt sich auf lange Debatten über sie einzulassen.

Edward Harford (Eisenbahner, London): „Wir brauchen weniger Resolutionen, ausdehnende Diskussion und enges kongressartiges Wirken in der Zeit zwischen Kongress und Kongress.“

Will. Thorne (Gasarbeiter): „Zu viel Schwatz und nicht genug Diskussion. Der Kongress war so gut wie irgend einer in den letzten drei oder vier Jahren, und wenn es keine stürmischen Szenen gab, um die Woche für die Blätter interessant zu machen, so deshalb, weil die vorgeschrittenere Richtung die gegebenen praktischen Schwierigkeiten einseht und die bedächtigeren Richtung vorwärts kommt.“

die Stimmung einem Frieden geneigter ist als vorige Woche. Die Unternehmern haben sich überzeugen müssen, daß ihre auf die aktuellen Fonds des Maschinenbauer-Vereins gestützten Berechnungen falsch waren, und die Maschinenbauer ihrerseits täuschen sich schwerlich darüber, daß auch die ihnen von anderen Gewerkschaften zugesagte Hilfe ihre Grenze hat. Man kann nicht ewig auf das rechnen, was in der ersten Aufwallung bewilligt wird, zumal gerade verschiedenen größeren Gewerkschaften selbst schwere Zeiten in Aussicht stehen. Die Rückwirkungen der indischen Hungernöth lasten schwer auf Lancashire, und wenn es den so gut organisierten Spinnern gelingt, eine direkte Lohnherabsetzung von sich abzuwenden, so werden sie doch durch Einschränkung der Produktion schwer in ihren Einnahmen geschädigt werden. Bei den Webern steht es noch schlimmer, da sind schon Lohnverlängerungen angekündigt und an einzelnen Orten mit Streit beantwortet worden. Auch selbst wo der Wille bis auf Monate hinaus vorhalten würde, ist noch nicht gesagt, daß die Fähigkeit so lange vorhalten wird. Es müssen aber sehr viele Male 500 Pfd. Sterl. einlaufen, um die wöchentlich notwendige Unterstützung aufzubringen. Letzte Woche war die Zahl der zu Unterstützten auf 48 300 angewachsen, was 36 000 Pfd. Sterl. Unterstützungsgeld erfordert. Man muß sich immer diese Summen vor Augen halten, um sich darüber Klar zu werden, welche Opfer der Kampf erfordert. Die Maschinenbauer werden ihn trotzdem, wenn es nötig werden sollte, bis zum äußersten durchkämpfen, bevor sie von ihrem prinzipiell eingenommenen Standpunkt zurückweichen. Aber aus ihren letzten öffentlichen Erklärungen geht doch so viel hervor, daß sie sich nicht leichtlich auf Formalitäten versteifen werden, wenn ihnen ein anständiger Frieden geboten wird. Inzwischen heißt es selbstverständlich geräht sein, und die deutschen Maschinenbauer wissen, was sie ihren englischen Kollegen schulden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. September.

Herr Tirpitz, der neue Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, hat seine Ferien vollendet und ist zur vollen Uebernahme der Geschäfte in Berlin eingetroffen. Der Marine-Stat dürfte daher alsbald fertig ausgearbeitet werden und dem Bundesrath zugehen. Vielleicht wird bald das endlose Ritzspiel wegen der Pläne der Regierung beendet werden und man wird erfahren, wohin Herr Tirpitz steuert.

Das die „Marinepolitische Korrespondenz“ jetzt schon über den Etat zu sagen weiß, bewegt sich nur in Allgemeinheiten, die wenig Werth haben. Die Korrespondenz führt aus:

„Vor der neuen Marine-Stat den Bundesrath passiert hat, ist über seinen Inhalt selbstverständlich Bestimmtes nicht zu sagen. Als sich er kann indessen gelten, daß das Personal und die Bauten, welche zum Ausbau unserer Flotte erforderlich sind, in dem Umfang beantragt werden, wie es den militärischen, politischen und namentlich den wirtschaftlichen Verhältnissen des Reiches entspricht. Dabei wird eine mögliche Vereinfachung der zur Zeit bei uns noch sehr verschiedenen Schiffstypen, von denen sich mehrere durch die Erfahrung als wiederholt erwiesen haben, angestrebt sein. Im Interesse eines billigen Baues wie rechtzeitiger Wiederherstellung des seit geraumer Zeit unbestreitbar verminderten Kriegs- und Friedenswertes unserer Flotte liegt es, daß ein einheitlich bindender Plan geschaffen wird. Nach Lage der Stimmung im Lande ist anzunehmen, daß den Schwerpunkt für die Verabreichung das „nächste Urtheil von Fachmännern“, welche die Vorlage zu begutachten haben werden, bilden wird, und daß im Reichstag eine Mehrheit für begründete Forderungen sehr wohl vorhanden sein wird. Daß die Forderungen nicht über das Maß des erwiesenermaßen Nothwendigen hinausgehen, kann als zuverlässig bezeichnet werden.“

Auffällig in dieser offiziellen Auslassung erscheint die Ankündigung des „einheitlichen bindenden Planes“. Man möchte mit einem Schlage auf lange hinaus Geld zu Panzer-, Kreuzer- und Torpedo-Bauten zur Verfügung haben. Was die „Marinepolit. Korrespond.“ sonst sagt vom nüchternen Urtheil der Fachmänner und der Beschränkung auf das Nothwendige, will natürlich nichts bedeuten. Diese Redensarten hören wir immer, auch wenn die Wünsche der Regierungsmänner noch so weitgehend und unerfüllbar sind.

Was die Hoffnungen auf Zustimmung des Reichstages betrifft, so wird deren Erfüllung von dem Maße der Forderungen abhängen. Daß bei den Mittelpartei starkes Interesse vorhanden ist, der Regierung weit entgegen zu kommen, hat sich längst gezeigt. Freisinn sowie Centrum möchten beweisen, daß sie ebenso „patriotisch“ seien und ebenso auf die Herzenswünsche der obersten Stelle einzugehen verstehen wie die konservativen Junker. Zubüßend bemüht sich nach oben hin anzubiedern, und sie beweisen sich auf die abschüssige Bahn der Weltpolitik zu begeben und dem Steuerzahler schwere Opfer aufzuerlegen. Natürlich nur bis zu einer gewissen Grenze, denn die Wahl in rücken heran. Zwischen Rücksichten auf die Wähler, die nichts wissen wollen vom neumodischen Marxismus, und dem Gange und Gange nach der Günst von oben schwanken Freisinn und Centrum in ihren Entschlüssen zur Marinefrage haltlos hin und her.

Es ist nicht unmöglich, daß sich die Regierung bei dieser Lage der Dinge mit ihren Marineforderungen für die nächste Reichstags-Session wirklich noch einige Zurückhaltung auferlegen wird, um es den bewilligungslustigen Parteien nicht gar zu schwer zu machen. Wenn dann die Neuwahlen vorüber sind und die Mandate der Herren gesichert, dann kann der große Marine-Romp unternommen werden.

Vielleicht aber kommt der große Konflikt doch schon in dieser Session. In gewissen Kreisen kann man es bekanntlich garnicht erwarten, daß Deutschland auf allen Meeren „eine Respekt einflößende“ Flottenmacht entwickeln soll.

„Die Sozialdemokratie im deutschen Heer“. Unter dieser Spitzmarke leidet sich der „Hamburgische Correspondent“ einen unglaublich albernen Artikel, dessen Albernheit die „Deutsche Tageszeitung“ pflichtschuldigst noch zu über-treffen sucht. Die Vertreter des herrlichen Kriegsheeres, das doch der Ausbund von Muth und Mannhaftigkeit sein soll, ärgern sich, daß es im Bericht unserer Parteileitung heißt, die Infiltration des Heeres mit sozialdemokratischen Tendenzen erfüllt die Vertreter der Theorie des blinden Gehorsams mit banger Sorge.“ Die „bange Sorge“ geht den tapferen Monopolisten der Ehre und Ritterlichkeit gegen den Strich. „Bange Sorge“ kennt kein braves Soldatenheer. Ja, aber was ist es denn anders, das zu der militärischen Widwidder-Jagd auf sozialdemokratische Ideen treibt, die bekanntlich noch schwerer zu schießen sind, als wilde Gänse? Und was ist es denn anders, als „bange Sorge“, das diese zwei Angstartikel eingegeben hat? Wir Sozialdemokraten brauchen und wollen keine „Agitation in den Kasernen“. Wir wissen, daß je mehr Soldaten in die Kasernen gesteckt werden, desto mehr sozialdemokratische Bazillen ins Heer kommen. Wir wissen, daß es nur ein Mittel giebt, die Sozialdemokratie aus der Armee fern zu

halten: nämlich keine Sozialdemokraten in die Armee zu nehmen. Wir wissen aber auch, daß dieser einzige Weg für unsere Gegner ungangbar ist, denn dann hätten sie überhaupt keine Soldaten mehr. Und so sehen wir mit heiterem Behagen all diesen späßhaften Behauptungen der „bangen Sorge“ zu. Zwischen den Hörnern des fatalen Dilemmas schlüpft der gewandteste Schlangemensch nicht hindurch, geschweige denn ein strammer preussisch-deutscher Kriegsminister. Der „Deutschen Tageszeitung“ sei zum Schluss bescheinigt, daß sie ein Fremdwörterbuch in ihrer Redaktionsbibliothek, Ver-zelung, in ihrer Schriftleitungs-Bücherei hat. Auch ein Handbuch der deutschen Sprache? Das scheint uns mehr von nöthen.

In der Währungsfrage hat das gegenwärtige englische Kabinett seit seiner Konstituierung eine schwankende Haltung eingenommen. Einige seiner Mitglieder waren früher eifrige Wortführer der kleinen englischen Bimetallisten-Gemeinde, so vor allem Balfour. Trotzdem hat das Kabinett einen der folgerichtigen Schritte zur völligen Entthronung des Silbers gethan, indem es den Uebergang Indiens zur Goldwährung anbahnte und damit den Anstoß zur Verdrängung des Silbers aus seiner herrschenden Stellung im süd- und ostasiatischen Geldwesen gab. Nun kommt die mehr als auffallende Nachricht, daß die größte und angesehenste Centralbank der Welt, die Bank von England, die seit 1858 ihre Noten nur mit Gold deckte, von der Bestimmung der sogenannten Peel'schen Bankakte von 1844, wonach ein Fünftel der Notenausgabe mit Silber gedeckt werden darf, Gebrauch machen solle. Ausdrücklich wird betont, daß dies mehr als Druck der Regierung als aus eigener Initiative der Bankleitung geschehen solle. Ueber die geplante grundstürzende Abänderung der Deckungspolitik der Bank von England wurden in den letzten Tagen alle möglichen Gerüchte kolportirt. Genaueres weiß man aber erst seit der heute eingetroffenen Londoner Depesche, welche folgenden Wortlaut hat:

„In der heutigen Jahreshauptversammlung der Bank von England erklärte der Gouverneur der Bank:

„Ihnen ist wahrscheinlich bekannt, daß der Regierung in diesem Sommer Vorschläge unterbreitet wurden, wonach dieses Land eine Erigerung der Verwendung des Silbers herbeiführen könnte als Beitrag zu einer internationalen Verständigung, und wodurch, während unsere Goldwährung in keiner Weise berührt würde, die Münzen von Frankreich und Amerika in den Stand gesetzt werden könnten, die freie Silberprägung wieder aufzunehmen. Einer dieser Vorschläge ging dahin, daß die Bank einen Silbervorrath halte gemäß der Akte vom Jahre 1844 als Deckung gegen Noten.“

Darauf verlas der Gouverneur ein Schreiben, welches er am 20. Juli an den Kanzler des Schatzamtes gerichtet habe. In diesem Schreiben heißt es:

„Die Bank ist bereit, das auszuführen, was nach der Bankakte vom Jahre 1844 gestattet ist, nämlich ein Fünftel des Bullion gegen Noten-Emission in Silber zu halten, vorausgesetzt, daß die französische Münze zur freien Prägung von Silber wieder offen ist, und daß die Preise, zu welchen Silber anzuschaffen und zu verkaufen ist, befriedigend sind.“

In der Antwortung mehrerer Fragen sagte der Gouverneur ferner: Die Bank hatte keine Verhandlungen mit den Kommissaren der Vereinigten Staaten. Wir haben kein Silber gekauft; wir haben nur eingewilligt, unter gewissen Umständen auszuführen, was nach der Akte vom Jahre 1844 gestattet ist.“

So bedeutungsvoll diese Erklärungen sind, so wenig können sie als eine momentane oder überhaupt als eine Gefahr für die geordneten Währungsverhältnisse auf dem Weltmarkt oder im Deutschen Reich angesehen werden. Wegen die geplante Maßregel ist ins Feld zu führen, daß sie dem Geiste der berühmten Peel'schen Bankakte direkt widerspricht. In dieser war die theilweise Deckung der Noten der Bank von England in Silber vorgesehen, um vor allem einen bestimmten Silbervorrath für die Veranschaffung nach Indien und Ostasien stets bereit zu haben. Hierzu ist heute aber sicherlich weniger Bedürfnis als je vorher. Aber auch die praktische Wirkung der erwähnten Maßregel auf den Silberpreis scheint man in England viel zu hoch zu veranschlagen. Bestenfalls würde die Bank von England 180 Millionen M. in Silber anschaffen, das ist ca. der dritte Theil einer Jahresproduktion von Silber und noch lange nicht so viel als die englischen Kolonien allein im Jahre produzieren. Eine momentane Wirkung auf den Silberpreis würde selbstverständlich nicht ausbleiben, bald aber würden die französischen und amerikanischen Münzstätten dem Silberstrom ihre Thore verperren und dann würde das Silber wieder einen neuen Preissturz erleben.

Würde das Deutsche Reich während dieser Periode von weitfichtigen Währungspolitikern geleitet, so könnte es aus seiner hinkenden Währung eine reine Goldwährung machen, indem es sein überschüssiges Silber gegen das Gold der Bank von England und gegen das dann selbstverständlich aus Amerika und Frankreich abfließende Gold austauschen würde.

Freilich, das Vertrauen in unsere Regierung haben wir nicht, am wenigsten in Fragen, wo agrarische Interessen mit-sprechen. Aber man soll auch nicht übersehen, daß auch nicht zu viel geschadet werden kann. Die Preisbewegung der Währungsmetalle ist eine so klare, an der Erhaltung gesunder Währungsverhältnisse sind in allen Ländern so einflussreiche Personen, so breite Schichten des Volkes interessiert, daß es mit der Erfüllung der Ideale der internationalen Bimetallisten noch seine guten Wege hat.

Der Vankrott der Ausnahme-gesetz-Politik tritt nirgends drastischer zu Tage, als im Lande der politischen Worte, der Inquisition, der mittelalterlichen und modernen Folterungen, in Spanien. Trotz aller Ausnahme-gesetze können die Thaten einzelner Fanatiker nicht verhindert werden. Aber immer weiter wird trotzdem die Ausnahme-gesetz-Politik betrieben. So soll eine Spezialpolizei gegen die Anarchisten errichtet werden und die Auslieferungsverträge um eine Klausel bereichert werden, welche die Anarchisten von den Ausnahmebestimmungen zu gunsten politischer Verbrecher ausschließt. Kein vernünftiger Mensch wird sich sagen, daß damit anarchistische Ausschreitungen verhindert werden können. Als Belegung für Ausnahme-gesetz-Fanatiker könnte, wenn diesen Leuten Fähigkeit und Wille zum Vernunft nicht völlig abginge, die Entwicklung der spanischen Anarchistengefängnisbildung dienen. So kommt diese auch um keinen kleinen Nutzen.

Die „Verhandlungen sind noch im Gange“, so meldet jetzt wieder täglich der Telegraph aus Konstantinopel. In einer in London veröffentlichten Note wird die Nachricht, daß ein Einvernehmen der Mächte über den Friedensschluß oder sagen wir richtiger: über die Friedens-Präliminarien auf der Grundlage der Vorschläge Lord Salisbury's zu

stande gekommen sei, offiziell für verfrüht erklärt. Die Regierung sei, so sagt die Note weiter, nicht in der Lage, eine bestimmtere Festsetzung abzugeben als die, daß die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen und daß der Fortschritt als befriedigend betrachtet werde. — Ein sehr „befriedigender“ Fortschritt! Allerdings diese Friedensverhandlungen, die seit Monaten kaum von der Stelle rücken!

Nach einer Meldung der „Times“ aus Athen vom gestrigen Tage ist beschlossen worden, die Flotade von Areta nicht anzuhören, ehe die Hauptpunkte der neuen Verfassung der Insel von den Mächten festgesetzt sind. In verantwortlichen Kreisen in Athen werde bestimmt versichert, in der Nacht des 10. d. Mis. sei der Versuch gemacht worden, in Kethymo türkische Truppen zu landen. Die Ausführung dieses Vorhabens sei jedoch an der Wach-samkeit des russischen Geschwaders gescheitert.

Aus Indien schlimme und schlimmere Nachrichten. Nach den neuesten Telegrammen vollzieht sich der Vormarsch der Engländer sehr langsam. Und sie scheinen sogar eine neue Schlappe erlitten zu haben. Ein Telegramm von heute Nachmittag lautet:

Simla, 16. September. Die zweite Brigade der Expedition gegen die Mohmands unter General Jeffreys wurde heute in ihrem Lager jenseits des Panikoraflusses vom Feinde angegriffen. Der Verlust auf englischer Seite war: 2 Offiziere und 2 Soldaten todt, 1 Offizier schwer verwundet und 5 Soldaten verwundet.

Daß die Engländer den Angriff abge-schlagen haben, wird nicht einmal gesagt. Ihre Streitkräfte im Nordosten sollen sich auf 57 000 Mann belaufen. Das wird aber, da die Afridis allein an 50 000 Mann im Feld haben, bei weitem nicht ausreichen. Der indische Oberbefehlshaber, Lord Curzon, der auf Urlaub in England war, ist erst vor 8 Tagen zurückberufen worden. In Indien hatten die obersten Behörden offenbar bis dahin nicht an den Ernst der Lage geglaubt; und dadurch ist viel kostbare Zeit verloren worden.

Eine Meldung aus Indien, die eine reiche Ernte in Aussicht stellt, ist offenbar nur ein Beschwichtigungspflasterchen. Die gute Ernte ist Zukunfts-musik; die Hungersnoth und Hungerpest aber gegenwärtig. —

Deutsches Reich.

— Die Eisenbahner-Organisation und die Unternehmer-Pressen. Selbst die Besprechung der Eisenbahn-Unfälle läßt für die bürgerliche Presse, der hier so schöne Gelegenheiten gegeben war, auch einmal als Vertreterin der fortschrittlichen Entwicklung zu erscheinen, auf Bekämpfung und Beschimpfung der Arbeiter-Organisation hin. Die bürgerliche Presse hat sich über das Ueberwachen des bürokratischen Elementes in der Eisenbahn-Verwaltung beklagt und hat andererseits zugegeben, daß die Arbeitsverhältnisse der Bahnbediensteten verbesserungsbedürftig sind. Aber sobald es gilt, Mittel zu ergreifen, um diese Verhältnisse ernsthaft zu bekämpfen, dann versagt sie sofort.

In einem Artikel der „Sozialen Praxis“ ist unser Parteigenosse Dr. Quare nach Schilderung der herrschenden Mißstände zu nach-folgenden Schlußfolgerungen gekommen:

„Ihre letzte Erklärung finden die Abnormitäten meines Erachtens in der vollständigen Unterdrückung des Koalitionsrechts der Eisenbahn-Angestellten und Arbeiter in Preußen. Die Feststellung wirksamer Schutzvorschriften und die Ausübung einer ernstlichen Aufsicht über die Einhaltung derselben ist nur möglich nach langen und ersten Beratungen unabhängiger Angestellten und Arbeiterorganisationen und nach eingehenden Besprechungen zwischen Delegirten dieser Organisationen einerseits und Delegirten der Verwaltung andererseits. Nur derjenige, welcher die Gefahr für das eigene Leben und die eigene Freiheit täglich praktisch an sich vorübergehen sieht, kann brauchbare Vorschläge zur geordneten Abwendung derselben machen, kann noch der Stationsvorsteher auf dem Perron, am allerwenigsten der Direktor im weichen Sessel des Bureau oder im Polster erster Klasse. Sammeln und vorbereiten aber kann die Einzelbefragungen und Vorschläge der direkt Beschäftigten nur eine gute, leistungsfähige Organisation derselben, und auch die erst im Verlaufe längerer Jahre, so daß die Vorschläge für den staatlichen Erlaß diskutierbar werden. Zur selben Zeit aber, in welcher der preussische Arbeitsminister die neue Kommission zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse des Staatsbahn-Personals einsetzt, läßt er jeden Organisationsversuch desselben Personals unnach-sichtlich verfolgen, so daß dieses, das heimlich doch zu dem in seiner Thätigkeit natürlich sehr beschränkten Eisenbahnerverband mit dem Sitz Hamburg-Altona neigt, zur Nothlage greifen muß und theil-weise wieder besseres Wissen erklärt, seine Verbindung mit dem Verband zu haben. Diese Thatsache wiegt schwerer, als hundert neue Prüfungskommissionen, die nur den alten, resultatlosen Weg gehen, und noch nicht einmal Eisenbahn-Angestellte des unteren Dienstes als Mitglieder aufnehmen oder dieselben auch nur in größerer Anzahl befragen. Ebenso ist jede Kontrolle eines Eisenbahnarbeiter-Schuges ohne die Superventrolle des Personals ein unwirksames Ding. Auch in Sachen der sich häusende Eisenbahn-Unfälle ist für die preussische Staatsbahn und das sie benutzende Publikum die Hauptfrage die: Koalitionsrecht für das Personal oder nicht. Mit allem anderen wird leeres Stroh gedroschen.“

Auch wir hatten schon mehr die große Bedeutung der Organi-sation der Eisenbahner für die Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht nur, sondern auch für eine Verminderung des Bureaukratismus in der Verwaltung betont. Aber der bürgerlichen Presse ist der bloße Gedanke an eine selbständige Regung von Arbeitern und eine Beschäftigung derselben an der Verwaltung ein Greuel. Die „National-Ztg.“ erklärt gegenüber dem Quare'schen Artikel, daß sie die mit der Gewerbe-Ordnung nicht zu vereinbarenden Maßregeln der Eisenbahn-Behörde gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter durchaus billige. Das Blatt spricht nach althergebrachter Methode von „sozialdemokratischer Fehere“ und verurtheilt die Mitglieder des „Verbands der Deutschen Eisenbahner“, als ob ihre Bestrebungen die Sicherheit des Betriebes gefährdeten.

Also wieder mit der Arbeiter-Organisation, sagt das Kapitalisten-blatt! Aber, sagt es liebevoll hinzu, die „berechtigten Forderungen“ des Personals sollen erfüllt werden. Doch wer stellt fest, welche Forderungen „berechtigt“ sind? Und warum hat man diese Forderungen nicht schon längst berücksichtigt? Wenn man diese Aufgabe der Güte der Verwaltungen überläßt, deren Haupt-zweck die Erzielung von Ueberschüssen ist, wenn man die Angestellten gewaltsam hindert, ihre Meinung gehörig zum Ausdruck zu bringen, so beweist man damit seine vollständige Unfähigkeit, zu einer gründlichen Abhilfe der Ursachen der Eisenbahn-Unfälle beizutragen.

— Ein neuer Schlag für die Christlich-Sozialen. Die „F. Z.“ meldet aus Stuttgart, daß die von dem Parrer Schrempf herausgegebene Zeitschrift „Die Wahrheit“ ihr Erscheinen einstellt.

Bekanntlich hat die „Wahrheit“, die ein gut geleitetes Wochen-blatt war, das auch tüchtige sozialpolitische Artikel brachte, vor kurzem viel von sich reden gemacht durch Veröffentlichung des Auf-sahes-Ödres über die ländlichen Wohnungsverhältnisse.

Durch das Eingeben der „Zeit“ und der „Wahrheit“ wird vor allem König Stumm und sein Jählich schwer getroffen, hat er doch neben der nun auch bankrotten anarchistischen Presse auch die national-soziale Bewegung zur Begründung seiner Forderung von Ausnahme-gesetzen gegen — die Sozialdemokratie benützt.

— Eine Freude für die Agrarier ist das Avancement des außerordentlichen Professors Sering zum ordentlichen Professor der Berliner Universität. Sering ist nun wohl der jüngste ordentliche Professor an der hiesigen Universität. Hervorragende wissenschaftliche Begabung oder außerordentliche Leistungen sind ihm nicht nachzuräumen, dagegen zeichnet ihn neben großem Fleiß ein offenkundiges Eifer, seine Wissenschaft zu „agrarisieren“ aus. Daß er in seinem Eifer, „wissenschaftlich“ für Oelbienen thätig zu sein, zu nicht gerade schicklichen Formen der Polemik greift, beweist die oben in der „Nation“ und „Deutschen Literat.-Ztg.“ stattfindende Polemik zwischen Dr. Brentano und Prof. Sering. Herr Sering geht aus derselben nicht

als Sieger hervor. Sering's Ernennung zum ordentlichen Professor ist nicht das Ende einer Laufbahn, sie ist für Sering nur eine Staffel zu weiteren Erfolgen. Und sie werden dem eifrig Strebenden nicht fehlen, er wird noch Geheimrat, Geheimrat-Oberregierungsrat, ja Wirklicher Geheimrat-Oberregierungsrat werden und vielleicht erklümmert er noch die höchste Staffel und wird Minister. An Ehre wird's nicht fehlen. —

Die Flottenpropaganda der Kolonialgesellschaft, die kürzlich in Berlin eingeleitet wurde, soll das ganze Land durchziehen. Der Herr Geh. Rath v. Kuffner ging zuerst nach Dresden, der Spielbürgerlicher und „patriotischen“ Stadt, wo man auf eine große Demonstration rechnete. Aber die Flottenfeier ist gründlich ins Wasser gefallen. Kaum ein- und einhundert Flottenschwärmer fanden sich ein und die Versammlung verlief, wie man uns aus Dresden schreibt, ungemein öde; von Begeisterung keine Spur. —

Die freisinnige Volkspartei möge, so rath ihr die linksstehende „Breslauer Morgenpost“, an, in der nächsten Session des Reichstages den ganzen Stat abzulehnen, wenn die Militär-Strafprozess-Reform nicht eingebracht oder nicht allen modernen Ansprüchen genügen würde.

Das wäre ja gewiss ganz vernünftig von der freisinnigen Volkspartei. Aber nach der Vergangenheit dieser Partei und in anbetracht der gegenwärtigen politischen Lage läßt jener Schritt doch verteuert nach bloßer Wahlmacht aus. —

Die Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege tagt gegenwärtig in Karlsruhe. Aus den Verhandlungen wollen wir ein sehr beachtenswerthes Thema: „Die Nahrungsmittel-Verfälschung und ihre Bekämpfung“ hervorheben. Das Referat hierzu hatte Oberbürgermeister Kämelin-Stuttgart übernommen.

Redner wies in längerer Rede darauf hin, daß die strafrechtlichen Bestimmungen betr. der Nahrungsmittel-Verfälschung sich nicht als ausreichend erwiesen hätten. Die Verurteilungen wegen Nahrungsmittel-Verfälschung haben in den letzten Jahren allerdings abgenommen, man gebe aber Acht, wenn man glaube, daß die Nahrungsmittel-Verfälschung sich vermindert habe. Es kommen lediglich deshalb jetzt weniger Verurteilungen vor, weil es mit Hilfe der Fortschritte der Technik und Wissenschaft den Lebensmittelverfälschern immer mehr gelinge, sich den Nachforschungen des Strafgesetzes zu entziehen. Man werde nur dann der überhand nehmenden Lebensmittel-Verfälschung mit einigem Erfolge steuern können, wenn man der Verfälschung durch vorherige Untersuchungen vorbeuge. In dieser Beziehung sei Deutschland bedauerlicherweise noch sehr zurück. Geradezu besühmend sei es, daß selbst die Reichshauptstadt Berlin keine eigene Untersuchungsstation für Lebensmittel habe. Seit einem Jahre habe die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft in Berlin eine solche Untersuchungsstation errichtet. In Frankfurt a. M. haben die Stadtverordneten die Errichtung einer Untersuchungsstation abgelehnt. Es gebe in ganz Deutschland im ganzen 19 Untersuchungsstationen für Nahrungsmittel, während es in der kleinen Schweiz 18 gebe. In Preußen besitzen Untersuchungsstationen die Städte Breslau, Hannover, Eberfeld, Münster i. W., Altona, Köln und Wiesbaden.

Diese Untersuchungsstationen müßten überall einen öffentlichen Charakter erhalten, ihre sämtlichen Beamten müßten vereidigt werden. Der Redner wies im weiteren Verlauf darauf hin, daß in Preußen die Fleischschau noch sehr im Argen liege. Der Abgeordnete Dr. von Wendel-Steinfeld habe beantragt, daß aus dem Ausland kommende Fleisch an der Grenze zu untersuchen. Dieser Antrag habe, da er sich nur auf das Fleisch beschränke, einen agrarischen Beigeschmack. Er halte es für erforderlich, die Untersuchung auf alle aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel auszuweiten. Der Redner wies ferner auf die vorzüglich eingerichteten Kontrollstationen in Baden, Württemberg und Sachsen hin und stellte schließlich folgende Forderungen auf: 1. Die deutschen Partikularstaaten, sowie die größeren Gemeinden sollten von dem ihnen zustehenden Recht zur Erlassung landrechtlicher bzw. ordnungsgemäßer Vorschriften über den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, einen vielseitigeren und ausgedehnteren Gebrauch machen. 2. Für die Untersuchung und Beurteilung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln ist die Aufstellung einheitlicher Normen für das ganze Deutsche Reich anzustreben. Wie es durch die Beschlässe der auf Anregung des kaiserl. Gesundheitsamtes einberufenen Kommission deutscher Nahrungsmittel-Chemiker bereits angebahnt ist. 3. Schon bei der Probeentnahme zur Untersuchung bestimmter Nahrungsmittel und Genussmittel sollten geprüfte und vereidigte Nahrungsmittelchemiker mitwirken, soweit nicht ausschließlich hygienisch tätige Stadtdiagnosten eingegriffen betreten sind. 4. Die Einführung einer methodischen und einheitlichen Untersuchung und Beurteilung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln hat aber die Errichtung von öffentlichen Untersuchungsstellen zur Voraussetzung. Dieselben sind für die Einzelstaaten und Provinzen in staatlicher und provinzieller Organisation, für die größeren Städte aber in kommunaler Organisation anzustreben. Bei solchen öffentlichen Untersuchungs-Anstalten sollte die Untersuchung freiwillig gestellter Nahrungsmittel und Genussmittel nicht durch die Erhebung hoher Gebühren erschwert werden. 5. Sämtliche unter die Bestimmung des Nahrungsmittelgesetzes fallende und aus dem Ausland eingehende Waaren sollten schon bei dem Eintritt in den freien Verkehr bei den Zollämtern kontrolliert werden. Hierzu ist die Anstellung von geprüften Nahrungsmittel-Chemikern, wenigstens bei den Hauptämtern im Innern und an der Grenze dringend notwendig. Erscheinen diesen die Waaren verfälscht oder minderwertig, so haben dieselben zweckentsprechende Proben zu entnehmen und der nächsten zuständigen Untersuchungsstelle zur Veranlassung des weiteren zu übergeben. —

Den Bankrott der heutigen Wirtschaft, den Ueberschneidungsschäden gegenüber. So wird aus Pirna in Sachsen geschrieben: Bei der hiesigen Amtshauptmannschaft sind bis jetzt — die Sammlung wird in den nächsten Tagen geschlossen — für die durch das Hochwasser Geschädigten 27 162 M. eingegangen. Dazu kommen noch 10 000 M. von der Zentral-Sammelstelle in Berlin, 4813 M. durch die Expedition des „Pirnener Anzeiger“ und etliche andere kleinere Posten, so daß die Gesamtsumme, welche für die Geschädigten des hiesigen Bezirkes zur Verfügung steht, die 50 000 Mark kaum überschreiten wird. Demgegenüber sei hervorgehoben, daß die Summe der festgestellten Privatschäden im Amtshauptmannschafts-Bezirk Pirna, einschließlich der Städte, rund zwei Millionen Mark beträgt. Außerdem haben ja die Gemeinden u. noch gegen 800 000 M. Schaden. Wäre man diese letztere Summe aber ganz außer Betracht, so würde der durchschnittliche Unterhaltungsbeitrag, wenn nicht noch andere Mittel zur Verfügung gestellt werden, durchschnittlich 2 1/2 pCt. betragen. Das zeigt treffend, wie wichtig private Wohltätigkeit gegenüber solchen Ereignissen ist. Wenn man nur bald erfahren könnte, wie die in Aussicht gestellte „Staatshilfe“ beschaffen sein wird.

— Vom Kleintrieg gegen die Sozialdemokratie. Das „Volkblatt für Göttingen“ erzählt: „Einem Arbeiter in einem Nachbarort, der zugleich Kriegervereins-Mitglied, wurde kürzlich vom Vereinsvorsitzenden folgende Mitteilung: „Im Antrage des Vereinsvorsitzenden theile ich Dir mit, daß Du nicht etwa mit nach Göttingen (zum Kriegerfest) gehst, dem Vorstand ist ein Schreiben vom Gendarmerie angegangen, daß er ein Paket an Dich adressirt sozialdemokratischer Schriften abgefangen habe, die Du vernünftiger hättest verbrennen wollen, und daß sich der Vorstand besser um Dich kümmern sollte.“ Das „Abfangen“ des Paketes sozialdemokratischer Schriften durch einen Gendarmen wäre eine ungeheuerliche Handlung. Eine Untersuchung der Angelegenheit von seiten der Polizeibehörde als auch der Postverwaltung darf erwartet werden. —

Defterreich. Prag, 14. Sept. (Sig. Ver.) Heute fand eine Episode der verflochtenen Wahlkampagne ein Nachspiel vor Gericht. Eine Wähler-versammlung in der Stadt Weinberge am 29. März d. J. war von

dem Regierungsvertreter, einem eifrigen liberalen Parteigänger aufgelöst worden, worauf unser Kandidat Karl Debie, der bekanntlich in der Stichwahl gegen einen antisemitischen Junggeheuer unterlegen ist, die Ausnahme eines Protokolls verlangte. Die energische Weise, in der er dies that, gab Grund zu einer Anklage wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit, auf deren Erfolg die jetzt sehr lokalen Junggeheuer große Hoffnungen setzten. Sie sahen sich jedoch gründlich getäuscht. Die vorgeladenen Zeugen sagten mit Ausnahme des Regierungsvertreters durchgehends zu Gunsten des Angeklagten aus, jedoch dieser nur der Beleidigung eines Beamten schuldig erkannt wurde. Die Strafe lautete auf fünf Tage Arrest. Von dem Vergehen der Beleidigung der Regierung und des Parlamentes, dessen sich Genosse Debie bei einer anderen Wähler-versammlung laut Denunziation zweier „nationaler Arbeiter“ schuldig gemacht haben sollte, erfolgte Freisprechung. —

Schweiz. Bern, 16. September. Die hier zusammengetretene Eisenbahn-Rückkauf-Kommission des Nationalrates hielt an den Kommissions-beschlüssen von Interlaken fest und lehnte den Antrag auf Verstaatlichung gewisser Nebenbahnen ab. Die Verstaatlichung soll nur die fünf Hauptbahnen umfassen. Ein Antrag, wonach die Bundes-versammlung unter Umgehung des Referendums kompetent sein sollte, für den Rückkauf gewisser Nebenbahnen einzutreten, wurde mit zehn gegen fünf Stimmen abgelehnt. Die Klausel betreffend den Simplon-Durchschnitt wurde zu näherer Prüfung an eine Kommission von fünf Mitgliedern verwiesen. In der Kommission macht sich eine starke Bewegung auf Befeitigung der Kreis-Eisenbahnräthe bemerkbar. —

Frankreich. — Die großagrarisches Regierung und die Hungersnot. Nach eingehenden Beratungen gelangte das ganze Kabinett zur Ansicht Melin's, daß der Getreidezoll trotz der Zehenerung nicht zu ermäßigen sei, da alle Landwirthe, zwei Drittel des französischen Volkes, sich in der gegenwärtigen Lage angeblich wohl befinden; um jedoch auch der Stadtbevölkerung einigermaßen gerecht zu werden, veranlaßte die Regierung die großen Eisenbahn-Gesellschaften, ihre Getreide-Frachtsätze für 200 Kilometer zu ermäßigen. Wir wollen sehen, ob Herr Melin seine Rechnung bei dieser Aushungerungspolitik finden wird. —

Niederlande. Amsterdam, 14. September. (Sig. Ver.) Am 21. September wird die Sitzung der Generalstaaten eröffnet. In Haag wird am Sonntag eine Demonstration für die Pensionierung des alten Arbeiters stattfinden. Unter den Rednern werden sich die Genossen Troelstra und Van der Goot befinden. Aus allen Theilen des Landes werden Deputationen von Arbeitervereinen zu dieser Demonstration gesandt.

Spanien. Madrid, 16. September. Infolge der wiederholten Niederlagen auf Kuban ist die revolutionäre Agitation in den nördlichen Provinzen aufs höchste gestiegen. Man beschließt für die nächsten Tage bedeutende Kundgebungen. Die Regierung trat gestern zusammen, um für alle Eventualitäten Maßregeln zu treffen und sowohl der karlistischen als auch der revolutionären Bewegung die Spitze bieten zu können. —

— Die carlistische Bewegung. „El Correo Español“, das Hauptorgan des Carlismus in Spanien, bringt folgende interessante Mittheilung: „Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß die in ausländischen Blättern angelegte Nachricht, der heilige Vater habe Carlos VII. aufgefordert, den Kampf gegen die gegenwärtige Herrschaft in Spanien einzustellen, vollständig falsch ist; der Papst hat weder dieses, noch etwas Ähnliches geschrieben. Carlos VII. weiß selbst, was er zu thun hat, er kennt seine Pflichten sehr genau und ist entschlossen, sie ohne Rücksichten und ohne Schwanken zu erfüllen; sein Denken und Handeln ist das eines Mannes, der stets der „spanische“ unter allen Spaniern war. Die Verbreiter jener dummen Nachrichten können sich also beruhigen; in keinem der Briefe, die Papst Leo XIII. seit seiner Thronbesteigung an den Herrn Herzog von Madrid gerichtet hat, findet sich auch nur ein Wort, das solchen Blödsinn rechtfertigen könnte.“ Bemerkenswert ist, daß das carlistische Organ „La Correspondencia Espanola“, das nicht mehr erschienen ist, seit Don Carlos Spanien verließ, am 1. Oktober d. J. wieder erscheinen wird, und zwar in spanischer, französischer, deutscher, englischer und italienischer Sprache. Es ist dies ein deutlicher Beweis dafür, daß Don Carlos wieder den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen gedenkt. Eine Bestätigung findet diese Annahme durch wichtige Meldungen, die aus Barcelona kommen: Man munkelt, daß die Carlisten heimlich agitierten und ihre „Heere“ in Catalonien organisierten. An den Markt- und großen Festtagen, d. h. wenn die Agitation weniger auffällig ist, wandern hervorragende Mitglieder der carlistischen Partei von Ort zu Ort und halten Vorträge, von welchen die Behörden immer erst zu spät Wind bekommen. Wenn der Augenblick kommen wird, in welchem der Präsident den langersehten Befehl erteilt, die Feindseligkeiten zu eröffnen, werden — wie man in unterrichteten Kreisen behauptet — die Carlisten nicht allein stehen, denn sie haben treue Bundesgenossen in den catalonischen Separatisten. —

Rußland. — Ein Deutscher wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Wie die „Königsb. Hartung'sche Zeitung“ berichtet, ist der preussische Schiffer Troelzowski aus Neuburg in Warschau bei der Anwesenheit des Kaisers Nikolaus wegen einer unbedachten Aeußerung verhaftet und bisher nicht freigegeben worden. —

Gemischhandelte Soldaten. Die „Volkz. Sig.“ glebt nachstehenden Erlaß wieder: „Aus den mir vorliegenden Berichten ersehe ich, daß in einigen Theilen der mir unterstehenden Truppen Rekruten, die bei den Waffenaübungen begriffen sind, von den Offizieren gemischhandelt werden. Solche bedauerliche Fälle hätten nicht stattgefunden, wenn die Chefs der Truppenabtheilungen bei der Wahl der Instruktionen mehr Aufmerksamkeit auf deren moralische Eigenschaften gelenkt hätten. Ich schreibe deshalb vor, den Instruktionen einzuschärfen, die Soldaten human und liebevoll zu behandeln und die schwierige Lage der ihrer Familie und ihrer engeren Heimath entzogenen Soldaten nicht noch durch eine unwürdige Behandlung zu verschärfen. Nebendbei mache ich aufmerksam, daß ich nicht nur jene, die die Mißhandlungen begehen, sondern auch jene, die diese Mißhandlungen dulden, zur strengen Verantwortung ziehen werde.“

Der Erlaß ist, wie die „Volkz. Zeitung“ hinzufügt, nicht als strengstes Amtsgemüß behütet und hinterher in irgend einem unehrlichen Blatte veröffentlicht worden, sondern der Urheber hat ihn selbst in der amtlichen Zeitung zur Kenntniß des Publikums gebracht. Es ist der General-Statthalter des russischen Turkestangebietes, Baron Brewsky. Leider pflegen Erlasse solcher Art, wie die Nothwendigkeit ihrer häufigeren Wiederholung beweist, nicht viel zu nützen, schon deswegen nicht, weil das schwerere Beschwerderecht des Soldaten es verhindert, daß alle Mißhandlungen zur Kenntniß der höheren — russischen — Vorgesetzten gelangen. —

Afrika. Aus Transvaal. Nach einem Telegramm des „Reuter'schen Bureau“ aus Kapstadt vom 13. d. M. sollen die Polizeimaßnahmen Transvaals im August um 30 000 Pfd. Sterl. infolge des Darmerliegens des Handels abgenommen haben. In dem Telegramm heißt es ferner, Präsident Krüger habe gegenüber Deputationen aus Johannesburg geäußert, die Regierung sei geneigt, im allgemeinen Interesse des Landes den Preis des Dynamits, die Eisenbahn-Tarife und die Zölle herabzusetzen. —

Amerika. New-York, 15. September. Zwei der ausländigen Arbeiter, auf die von den Hülsherr's bei Hazleton geschossen wurde, behaupten, deutsche Unterthanen zu sein. Ein Agent des österreichisch-ungarischen Konsulats ist damit beschäftigt, Aussagen der Ausländigen über den Thatbestand auszuforschen. Die deutsche Regierung hat nun zu zeigen, daß sie für den Schutz ihrer Staatsangehörigen unter allen Umständen energisch eingutreten gewillt ist.

Wir freilich, die wir unsere Regierung als eine Vertretung der kapitalistischen Interessen ansehen, bezweifeln, daß sie das Gewicht ihrer Macht und ihres Ansehens für ermordete streikende Arbeiter in die Waagschale legt. Sind ja auch bei uns zu Lande schon Streikende ermordet worden. —

New-York, 16. September. Die „New-York World“ erhält aus Caracas die telegraphische Nachricht, daß der General Andrade mit sehr großer Stimmenmehrheit von Präsidenten von Venezuela gewählt worden sei. — Der „New-York Herald“ erhält die Drahtmeldung aus Guatemala, daß 3000 Infurgenten Quezaltenango, die zweitgrößte Stadt des Landes, am 13. d. M. angegriffen haben. Es entspann sich ein blutiger Kampf, dessen Ausgang noch nicht bekannt ist. An der Spitze der Aufständischen soll General Morales stehen. —

Deutsch-österreichischer Eisenbahnertag. Der VII. Verbandstag der deutschen und österreichischen Eisenbahnbeamten-Vereine, der vom 9. bis 12. September in Straßburg i. Elz. versammelt war, ist besonders deshalb von Interesse, weil dort zum ersten Male in offizieller Weise Stellung genommen wurde zu den Bestrebungen des „Verbandes der Eisenbahner Deutschlands“, der seinen Sitz in Hamburg hat. Gleich in der ersten Sitzung am 10. September erklärte beim Eintritt in die Tagesordnung der Abgeordnete des Bezirksvereins Berlin, Stationsassistent Schar, daß er von seiner vorgelegten Behörde, dem Eisenbahn-Ministerium, beauftragt sei, besonders über die Stellungnahme des Verbandes gegen die Bestrebungen des sozialdemokratischen Hamburger Verbandes der Eisenbahner zu berichten.

Am verflochtenen Sonnabend kam die Angelegenheit, als Punkt 8 der Tagesordnung, zur Besprechung. Der Vorsitzende des Verbandes, Eisenbahn-Sekretär Fischer, Chemnitz, berichtete darüber in längerer Ausführungen. Die Sozialdemokratie, meinte er, habe Verzicht gemacht, Breche in die Einheit des Verbandes zu legen und die Eisenbahn-Unterbeamten für ihre Zwecke zu gewinnen. Es sei ihr weniger darum zu thun, für die Hebung der Lage der Unterbeamten zu sorgen, als vielmehr durch Gewinnung der letzteren für ihre spezifischen Parteizwecke die Existenz des Staates zu erschüttern. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie wirkten zerfetzend, was man am besten in Sachen sehen könne, seit diese Partei dort in den Reihen der Eisenbahnarbeiter bzw. Unterbeamten Wurzel gefaßt habe. Mit der Vollmächtigkeit, der gebotenen Unterordnung und dem kollegialischen Leben sei es in Sachsen seither vorbei. Die Organisation sei das großartigste, was die Partei habe, und sie verstände von derselben auch in der großartigsten Weise Gebrauch zu machen. Bei ihren Versprechungen komme es ihr nicht darauf an, alle möglichen Mittel in Anwendung zu bringen; diese verlockenden Versprechungen brächten ihr aber massenhaft Anhänger, die nicht danach fragen, ob das, was versprochen, auch gehalten werde. Die Enttäuschung werde in der Zukunft zwar nicht ausbleiben; trotzdem aber sei es die heilige Pflicht der Verbandsführung, energisch gegen diese zerfetzenden Bestrebungen Front zu machen. Redner geht dann zur Schilderung des Kampfes über, den die österreichische Kollegenchaft gegen die Sozialdemokratie führe. Den „Verband der Eisenbahner Deutschlands“ in Hamburg halte er trotz aller Absegnungsversuche für eine sozialdemokratische Gründung, was u. a. daraus hervorgehe, daß alle Versammlungen desselben nicht aus Eisenbahnern, sondern fast ausschließlich von bekannten Sozialdemokraten besucht seien. Höchstens sei einmal ein Eisenbahnbeamter a. D. darin zu finden. Er halte es für bewiesen, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Bestreben, in den Reihen der Eisenbahner Fuß zu fassen, nur von der Absicht geleitet sei, eine insolge ihrer besonders gearteten Berufsstellung besonders wichtige Verstärkung ihrer Willkämpfer zu gewinnen. Bei ihrer Propaganda in Eisenbahnerkreisen sei es ein beliebtes Mittel, den Verband unterwürfigkeit und Unselbständigkeit vorzuwerfen, ein Vorwurf, den er mit Entrüstung zurückweisen müsse. Durch das Bekanntsein zur Sozialdemokratie mache sich jeder Staatsbeamte einer Verletzung seines Dienstes schuldig; denn über die Gemeingefährlichkeit dieser Partei gegenüber dem Staate, dem allgemeinen Wohl und dem Beamtenstande könne kein Zweifel bestehen. Wir wollen unsern Stand, so schloß der Redner, vor solchen gefährlichen Eindringlingen schützen. Ein sozialdemokratischer Führer sagte einst: Wer bei uns nicht gehört, der flieht hinaus. Der Verband der deutsch-österreichischen Eisenbahner sagt nun auch: Wer die deutschen Eisenbahner zu verhegen sucht, der flieht hinaus!

Ueber die sozialistische Bewegung unter den Eisenbahnern Oesterreichs berichtet Schlüsslerberger-Wien. Er schildert die schweren Schädigungen, welche dieselbe unter den Eisenbahnarbeitern und Unterbeamten zur Folge gehabt habe und durch welche die Verbandsführung sich veranlaßt gesehen habe, zum Ausschluß der Unterbeamten und Arbeiter zu schreiten. In ähnlicher Weise verbreitet sich Göthe-Leipzig über die Verheerung der Sozialisten, unter den sächsischen Eisenbahnbeamten für ihre Parteiziele Propaganda zu machen.

Schar, Berlin hält es für die Pflicht des deutsch-österreichischen Verbandes, jezt, wo Vertreter aus allen Gauen Deutschlands und Oesterreichs hier versammelt seien, energisch Stellung gegen den Hamburger Verband zu nehmen. Er bittet um die Entfaltung der Maßnahmen, die es ermöglichen, vereint vorzugehen und zu schlagen. Corbis-Köln weist den Dienstvorstehern die Aufgabe zu, das Eindringen sozialdemokratischer Bestrebungen zu verhindern. Man solle sich dann auch an die höheren Behörden wenden um Aufbesserung der Löhne und Hebung des wirtschaftlichen Wohles der Arbeiter im Eisenbahndienste. Als sicherstes Mittel gegen den sozialistischen Wankaus betrachte er die Verbeistärkung der Interessengemeinschaft zwischen den Beamten und Arbeitern der Eisenbahn-Verwaltungen.

Am Schluß dieser Debatte wird folgende Resolution angenommen: „Die auf dem 7. Verbandstag des Verbandes deutscher und österreichischer Eisenbahnbeamten-Vereine vertretenen Beamten sind besetzt von dem Wunsche, in ihrem Berufe nicht bloß untereinander, sondern auch mit den Eisenbahn-Arbeitern ebenso wie mit den Verwaltungen, wie seither, im guten Einvernehmen zu leben und zu wirken. Sie sind überzeugt, daß das Wohl und namentlich die wirtschaftliche und soziale Lage der Beamten und Arbeiter den Eisenbahnverwaltungen nicht gleichgültig ist, sondern warm am Herzen liegt, und sie haben zu denselben wie zu den Regierungen und Volkvertretern das Vertrauen, daß sie berechtigten Bitten und Wünschen des Personals jederzeit wohlwollendes Gehör und im Rahmen von Recht und Billigkeit auch Berücksichtigung gewähren werden. Insbesondere vertrauen sie darauf, daß das Streben befähigter Personen aus dem Beamten- wie dem Arbeiterstande nach Besserung ihrer sozialen Verhältnisse Ermunterung finden, daß also in höherem Maße als bisher tüchtigen Arbeitern das Weiterkommen in Beamtenstellen, besonders mittleren Beamten die Verbesserung in Oberbeamtenstellungen ermöglicht werde. Die auf dem Verbandstage vertretenen Beamten weisen darum die Annäherung an Arbeiter in die Angelegenheiten des Eisenbahn-Personals mit aller Entschiedenheit zurück und fordern alle Amtsbeamten auf, sich zur Abwehr besonders jener unlegitimen Eingriffe, welche von dem Verband der Eisenbahner Deutschlands (Vorstand in Hamburg) ausgehen, in dem zum Verbande deutscher und österreichischer Eisenbahn-Beamtenvereine verbundenen Vereine zusammen zu schaaren.“

Damit war für die Herren Eisenbahner, die sich sonst in der „wunderlichen Stadt“ sehr wohl sein ließen, die Sozialdemokratie „verboten“.

Von den übrigen Beschlüssen der Tagung ist besonders derjenige über die strafrechtliche Verfolgung von Beamten bei Eisenbahn-Unfällen auch für die weitere Öffentlichkeit von Interesse. Es soll in dieser Hinsicht eine mildere Auslegung des Strafgesetzbuches angestrebt werden, vor allem aber eine Verminderung der Klagen durch Beschränkung der Anzeigen seitens der Verwaltungen. Bisher seien auch immer Oberbeamte desselben Inspektionsbezirkes, in dem der Unfall vorgekommen, zu Sachverständigen ernannt worden. Das ist für die Angeklagten nachteilig; denn in der Regel stelle es sich bei dem Unfall heraus, daß eine bestehende Einrichtung Verbesserungsbedürftig und vielleicht die einzige Ursache des Unfalls gewesen sei. Ein Beamter desselben Bezirkes habe natürlich ein Interesse daran, als Sachverständiger die Schuld auf den angeklagten Unterbeamten, statt auf die Einrichtung zu schieben, die vielleicht von ihm selbst herrühre. Auch mittlere Betriebsbeamte solle man als Sachverständige heranziehen, weil die Oberbeamten den Betrieb oft nicht aus eigener Anschauung kennen. Eine sachgerechte Untersuchung und Beurteilung könne nur durch unabhängige Kommissionen, etwa nach dem Muster der See-Kemter, bewirkt werden.

Der Verband, dessen Mitgliederzahl im verflossenen Geschäftsjahr von 1911 auf 23.293 gestiegen ist, gliedert sich in den badischen Verein, den deutschen Eisenbahnbeamten-Verein zu Hannover, den hessischen Landesverein, den Landesverein der Reichs-Eisenbahnbeamten, den sächsischen, württembergischen und österreichischen Verein mit zusammen 44 Bezirksvereinen und 408 Ortsgruppen.

Die Reden, die auf diesem Kongress gehalten worden sind, spiegeln getreu die Ueberhebung und die sozialpolitische Kurzsichtigkeit wieder, durch die sich ein großer Teil der Eisenbahn-Bureaucratie leider auszeichnet. Wäre die Bureaucratie das Muster einer intelligenten und humanen Beamtenchaft, so könnte ihr das Bestehen einer selbständigen Organisation, der sogenannten niederen Eisenbahnangestellten, nur lieb sein, denn diese Organisation müht unsehbare dadurch, daß sie Nebelstöße aus Tageslicht bringt, von denen sonst kein Mensch etwas erfährt, und wahrscheinlich am wenigsten die maßgebenden Personen der Eisenbahnverwaltungen. Es versteht sich, daß der so verantwortungsvolle Betrieb des Eisenbahnwesens exemplarische Disziplin jedes Angestellten erfordert, aber diese hat nichts mit dem zu thun, was der Angestellte außerhalb des Dienstes thut. Die höheren Beamten lassen sich über die Verwendung ihrer freien Zeit und über die Wahl ihrer Lektüre ja auch keine Vorschriften machen. Am allerwenigsten haben die Herren jetzt, wo fast jeder Tag ein Eisenbahnunglück zeitigt, einen sichhaltenden Grund, den Mund voll zu nehmen, die Eisenbahn-Unfälle wären in ihrer Häufigkeit und Größe einfach nicht möglich, wenn die Eisenbahn-Bureaucratie ihren Funktionen durchweg in dem Maße gewachsen wäre, als sie verdient. Die selbständige Organisation der Eisenbahn-Angestellten liegt, so lange der Staat für keine wirksame Vertretung derselben sorgt, auch im Interesse des Publikums, daß die Eisenbahnen benutzt und daß bei den vielen Unglücksfällen, die in der letzten Zeit im Eisenbahnverkehr vorgekommen sind, mit Recht ängstlich geworden sind.

Partei-Nachrichten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei **Hollands** hat sein Mitglied **J. H. Schaper**, Stadtverordneter u. Groningen, beauftragt, die Partei auf dem Hamburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu vertreten.

Ueber die brandenburgische Provinzialkonferenz schreibt die „Brandenburger Zeitung“:

„In unserer Begründung der Konferenz haben wir betont, mit welcher Spannung das Reich auf diese Konferenz blicke, und von welcher Bedeutung es sei, daß die Frage der Landtagswahlen hier noch einmal behandelt werde. Wir haben uns aber in unserer Erwartung getäuscht. Die Art und Weise, wie in der Diskussion über diesen wichtigsten Punkt der Tagesordnung verfahren wurde, spricht nicht dafür, daß sich die Berliner Delegierten und andere Berliner Parteigenossen über die Bedeutung, die dieser Konferenz zukam, klar waren. Wie wären schon der Ansicht gewesen, daß man bei der Kürze der Zeit besser gethan hätte, die Landtagswahlen an erste Stelle der Tagesordnung zu setzen. blieb dann für die Diskussion über den Antirätschen Bericht keine Zeit, so war durchaus nichts verloren, wenn auf diese Diskussion verzichtet worden wäre. Da aber nun einmal anders verfahren wurde, hätten die Berliner Genossen einsehen sollen, daß die Konferenz nicht den Zweck hatte, eine Diskussion der Berliner untereinander zu ermöglichen, sondern daß es von Wichtigkeit gewesen wäre, daß auch die Provinz hinreichend zu Worte gekommen wäre. Was Berlin an Versammlungsbaurede auf Lager hat, war bei Eröffnung der Diskussion schon eingezeichnet, und so kam es, daß von einem Redner aus der Provinz abgesehen, diese von Berlin quälte dazu verurteilt wurde, fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit im tiefen Keller sich anzusprechen — vorausgesetzt, daß sie vor Berliner Rednern überhaupt zu Worte kamen. Die Sache stellt sich zahlenmäßig so: zwei Berliner Referenten, dann in der Diskussion zunächst vier Berliner, ein Provinzler, zwei Berliner, ein Provinzler, fünf Berliner, Schluss der Diskussion, die beiden Berliner Referenten. Der Schluss der Diskussion verhielt ein Duzend Reden, unter denen etwa auch zehn aus Berlin gewesen wären.“

Viele Provinzialdelegierte hatten ausgesprochenemassen erwartet, daß noch ihnen wichtig erscheinende Momente berührt werden würden, nicht zum wenigsten gerade dem Genossen Schippel gegenüber, der vielen mit seiner Empfehlung des Antirätschen Vorschlags nicht weit genug ging. Der Standpunkt, warum wir auch Wahlmänner aufstellen sollen, wurde wohl vertreten, aber unsere Grachten sind die wichtigsten Momente dafür nicht gegeben worden. Dagegen ließ man es hingehen, daß die nach vielen Hunderten zählenden Berliner Gäste (im Hauptsale) durch Zwischenrufe und wüthendes Beifallslärm nach den ihnen genehmen Reden von Berlinern die Konferenz zu beeinflussen suchten und so das Niveau derselben auf das der Berliner Volksversammlung herunterdrückten. Bei Parlamenten und Kongressen haben die Tribünen sich durchaus ruhig zu verhalten; dagegen hat man in Berlin sich in unwürdiger Weise vergangen. Das verdient den strengsten Tadel. Diesen Tadel hätte allerdings schon das Bureau ausgesprochen sollen. Ebenfalls wichtig ist die Art der Abstimmung über die eingelassenen Resolutionen. Die gefassten Beschlüsse geben daher kein klares Bild der Auffassung der Provinzial-Konferenz in Sachen der Landtagswahlen.“

Ueber brandenburgische Bruderorgan schiebt in seiner Enttäuschung weit über das Ziel hinaus, wenn es behauptet, die auf der Konferenz als Gäste erschienenen Berliner Parteigenossen hätten durch ihren Beifall die Delegierten zu beeinflussen gesucht. So schlimm ist die Sache natürlich nicht. Gewiß wäre es richtiger gewesen, wenn sich die Gäste aller Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens enthalten hätten, aber andererseits muß von jedem Delegierten vorausgesetzt werden, daß er so viel Rückgrat hat, um sich durch Stundgebungen des Auditoriums nicht beeinflussen zu lassen.

Die Parteikonferenz für den 14. hannoverschen Wahlkreis **Hallerleben-Gifhorn** nahm einstimmig eine Resolution an, worin die Aufhebung des Kölner Beschlusses beantragt und es dem Parteitag anheimgegeben wird, die rechte Form für das Wie der Wahlteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu finden. Als Delegierter wurde Genosse **Schillig** aus Peine gewählt.

Die Sozialdemokratie des 16. hannoverschen Wahlkreises **Lüneburg-Winsen** sagte auf ihrer Konferenz zu Lüneburg folgende Resolution: „Die Kreis-Konferenz hält zwar die Aufhebung des Beschlusses des Kölner Parteitages, der die Parteigenossen verpflichtet,

an den preussischen Landtagswahlen nicht theilzunehmen, für anbracht, damit den preussischen Parteigenossen da, wo sie ohne Schädigung der Parteigrundsätze auf die Wahl glauben gewinnen zu können, die Theilnahme an der Wahl ermöglicht wird, verpflichtet sich aber von einer Theilnahme der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen keinen nennenswerthen Vortheil für die Partei, zumal ein selbständiges Auftreten der Partei bei dem Dreiklassen-Wahlrecht ausgeschlossen, die Stärkung anderer Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus durch die Sozialdemokratie für diese jedoch von zweifelhaftem Werth sein würde.“

Als Delegierter zum Parteitag in Hamburg wurde der Genosse **Behnke** aus Winsen a. d. Lüne gewählt.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis **Verford-Halle** in Westfalen stellte als Reichstags-Kandidaten einstimmig wieder den Genossen **Hoffmann**, Redakteur der „Volksrecht“, auf und wählte den Kreisvertrauensmann **Klingenhagen** als Delegierten für den Hamburger Parteitag. Betreffs der Frage der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen schloß sich die Konferenz der Wiesefelder Resolution an, worin die Theilnahme in dem Sinne empfohlen wird, daß 1. überall wo es möglich ist, sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden, 2. dort, wo es nicht möglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, diejenigen Wahlmänner linksstehender Parteien unterstützen werden, die sich verpflichten, ihre Stimme nur demjenigen Kandidaten zu geben, der die von der sozialdemokratischen Partei gestellten Mindestforderungen unterschreibt. Weiter wird in der Resolution erklärt, daß im Prinzip nichts im Wege steht, durch ein Kompromiß mit der am weitesten links stehenden bürgerlichen Partei einen Sozialdemokraten als Abgeordneten in das preussische Abgeordnetenhaus zu senden.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis **Altena-Iserlohn-Lüdenscheid** erklärte sich für Aufhebung des Kölner Beschlusses.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis **Essen** lehnte einen Antrag auf strikte Enthaltung von der preussischen Landtagswahl gegen 2 Stimmen ab und erklärte sich — ohne Gegenstimme — für bedingte Theilnahme. Als Delegierter für den Hamburger Parteitag wurde Genosse **Kohns** gewählt. Betreffs der Reichstagswahl erklärte sich die Konferenz einstimmig dafür, daß unser im Zuchthaus weilender Genosse **Schröder** wieder kandidirt.

Im Parteitag nahm in Leipzig eine von über 600 Personen besuchte Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstags-Wahlkreises Stellung. Genosse **Lipinski** referirte und besprach den Beschlusses der Versammlungen für und wider den Vorschlag, den Kölner Beschlusses aufzuheben. Gegen 20 Stimmen wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises halten an ihrem Standpunkt in der Frage der Theilnahme an den Landtagswahlen unter der Herrschaft des Dreiklassen-Wahlrechts fest und erklären sich gegen eine Theilnahme.“

Von einer Reihe anderer Anträge, die zum größten Theil gedruckt vorlagen, wurden nur folgende angenommen:

Der Hamburger Parteitag möge beschließen: Die „Neue Welt“ betreffend, jedem Abonnenten Titel sowie Inhalts-Verzeichnis als Gratisbeigabe resp. als letzte Nummer des betreffenden Jahrganges von jetzt ab zuzustellen. In anbeacht des guten Zweckes, den Kunstsinns des arbeitenden Volkes durch Darbietung wohlfeiler und gediegener Romanliteratur, sowie Veranschaulichung guter Illustrationen zu wecken, die Buchhandlung Vorwärts in Berlin zu beauftragen, diesem ihrem eigenen Prinzip nunmehr Rechnung zu tragen, da die bisher gebotene Illustration der Roman-Wochenchrift „In freien Stunden“, in künstlerischer wie auch in technischer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig ließ, was eine Verdrängung der Hinter-treppeliteratur keineswegs zur Folge haben kann.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages wird beauftragt: gegen die ungeschickliche und mißbräuchliche Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung vor dem Reichstag Beschwerde zu führen und insbesondere darauf hinzuwirken, daß das, was dem Arbeiter auf Grund dieses Paragraphen verboten wird, dem Unternehmer ungehindert gestattet ist. Ferner wurde beschlossen, 4 Delegierte, darunter eine Frau, nach Hamburg zu senden. Gewählt sind die Genossen **Lange**, **Wittich**, **Jänisch** und **Frau Jäger**.

Die katholische „Märkische Volkszeitung“ in Berlin veröffentlicht unter der Bezeichnung „Flüchtige Genossen“ eine Reihe von Eigenthumsvergehen, die sich seit zwei Jahren Vorkandpersonen von österrischen und deutschen Arbeitervereinen angeblich zu schulden haben kommen lassen, und bemerkt zum Schluss: „So sehen die Freunde“ des arbeitenden Volkes, die „ehelichen“ „Hüter seiner Interessen“ aus! Dem katholischen Blatte scheint unbekannt zu sein, daß, wenn man die Verbüchere, die von katholischen Geistlichen und katholischen Arbeitervereins-Kassieren wider das Eigenthum und wider die Stillschließung begangen wurden, auch nur für den Zeitraum eines Jahres notiren wollte, eine Liste herauskäme, die alle Konkurrenz aus dem Felde schlägt.“

In **Elbing** wurden die Parteigenossen **Sahnke** und **Fichtmann** aus der Partei ausgeschlossen, nachdem die betreffende Parteiversammlung sowohl die Anklagen wie die Schuldigen gebilligt hatte. **Sahnke** wurde schuld gegeben, seit seiner Anwesenheit in Elbing die Partei in moralischer und die Genossen in finanzieller Hinsicht geschädigt zu haben. **Fichtmann**, dem nachgesagt wird, daß er seit langer Zeit ein Hinderniß der Parteibewegung gewesen, hat bei der Jentenaarfeier illuminirt und im Allgemeinen Arbeiterverein gegen das Abonnement auf die „Königsberger Volkszeitung“ gesprochen, weil diese ein sozialdemokratisches Blatt sei; weiter wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er in seinem Verufe, der in der Vermietung von Gesinde und Kellnerinnen besteht, die Stellenfuchenden andeute. Der Ausschluß **Sahnke's** erfolgte mit 48 gegen 37 Stimmen, der Ausschluß **Fichtmann's** mit 51 gegen 37. Die Abstimmung geschah durch Stimmzettel. Nach **Fichtmann's** Ausschluss erklärten drei Genossen ihren Austritt. Die „Königsberger Volkszeitung“ hofft, daß mit den Ausschüssen den Zwistigkeiten in Elbing endlich der Garau bereit ist.

In **Tanzig** ist als Delegierter zum Hamburger Parteitag der Genosse **Partel** und als dessen Stellvertreter der Genosse **Sellin** gewählt.

In **Kassel** wurde der Parteigenosse **Hedderich** als Delegierter zum Hamburger Parteitag gewählt.

Der Wahlkreis **Darmstadt-Großgerau** wird auf dem Hamburger Parteitag der Genosse **Ph. Müller** vertreten.

In **Regensburg** ist es den Parteigenossen endlich gelungen, den Schwarzen zum Troz ein Versammlungslokal zu bekommen. Mit dem Wirth ist auf ein Jahr Kontrakt gemacht.

Aus **Strasbourg i. E.** wird uns geschrieben: Unsere Agitationskommission machte am Montag zum ersten Mal den Versuch, der Einberufung einer in größerem Maßstab gehaltenen sog. „réunion privée“ (einer privaten Zusammenkunft), deren Abhaltung nach den hier immer noch geltenden Bestimmungen der alten französischen Versammlungs-Gesetzgebung ohne vorhergegangene polizeiliche Anmeldung und Genehmigung, sowie unter Ausschluß obrigkeitlicher Ueberwachung gestattet ist. Mittels schriftlicher Einladung ist dabei jeder einzelne Theilnehmer zum Erscheinen aufzufordern, während der Polizei das Recht steht, sich bei jedem in die Versammlung Eintretenden von dem Besitz jener Privatlegitimation zu überzeugen und, sobald Nichtgeladene oder solche ohne Ausweis in der Versammlung betreten werden, die letztere aufzugeben. Unser erster Versuch war von erfreulichem Erfolg begleitet, da mindestens ebenso viele Theilnehmer zusammen gekommen waren, als bei den uns zur Verfügung stehenden, räumlich beschränkten Lokalitäten in den wenigen bisher gestatteten allgemeinen und öffentlichen Versammlungen erschienen. Die Réunion beschloß die Delegation **Wöhler's** zu ernennen.

Hamburger Parteitag und hieß dann den Plan des Agitationskomitees gut, wonach sich die hiesigen Genossen zu dem am Sonntag, den 26. September, im badischen Offenbürg stattfindenden großen Volksversammlung, wo unser Reichstags-Abgeordneter **Webel** über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion vor seinen hiesigen Wählern berichten soll, mittels eines von der Verwaltung der badischen Staats-Eisenbahnen zu stellenden Extrazug begeben werden. Wir Straburger sind nämlich mit der Abhaltung **Webel'scher** Versammlungen neuerdings zum Niedrig auf die Offenbürg Linie gezwungen, nachdem das benachbarte badische Bezirksamt **Rehl** uns auch aus dem bisherigen Zufluchtsort **Neumühl** hinausgeworfen hat. Wir rechnen auf ca. 600 Theilnehmer an der Extrazug. Die Versammlung, die in einer bequemen 5000 Personen fassenden Halle abgehalten werden wird, dürfte auch von der Bevölkerung Offenbürgs und seiner ländlichen Umgebung massenhaft besucht werden, da **Webel** dort zum ersten Male spricht. Die Offenbürg Genossen verbinden mit der Veranstaltung den für eine Anzahl der wirtschaftlich sehr zurückgekommenen Rebauern der Umgebung sehr angenehmen Nebenzug, durch Anschauung eines billigen und guten direkt von den Produzenten gekauften Weines diesen eine willkommenen Einnahme zu verschaffen. Wenn das zuständige Bezirksamt Offenbürg die Versammlung nicht unter irgend welchen Umständen verbietet, so dürfte Offenbürg am 26. September eine politische Demonstration erleben, wie sie seit den vierzig Jahren in seinen Mauern nicht mehr da war. — Was die Abhaltung der erwähnten „réunions privées“ anbelangt, so sind wir Straburger entschlossen, von diesem uns zu Gebote stehenden Agitationsmittel in Zukunft einen derart rücksichtslosen Gebrauch zu machen, daß der reichsständischen Regierung der Geschmack an der veralteten französischen Versammlungs-Gesetzgebung recht bald vergehen dürfte.

Der Jahres-Kongress der sozialistischen Arbeiterpartei Italiens, der vom 18. bis zum 20. d. M. in **Bologna** tagen wird, hat eine sehr reiche Tagesordnung vor sich. Mit dem Wachsthum der Partei, die innerhalb der letzten zwölf Monate einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat, wachsen auch die Arbeiten. Und da die Prinzipien geklärt und theoretische Kämpfe nicht zu erwarten sind, so wird die Arbeit wesentlich praktischer Art sein und sich auf den Ausbau der Organisation zu richten haben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Vom Schöffengericht in **Dresden** wurde der Parteigenosse **Milch** als verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wegen Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. Im Bericht über eine Hut-macher-Versammlung, die die Vorbereitungen zum Streik traf und die Kündigung der Arbeit beschloß, war das Verhalten der Arbeiter einer Fabrik, die sich an der Bewegung nicht beteiligten, als traugig und feig bezeichnet. In diesen Ausdrücken erblickte das Gericht einen Verstoß gegen den bereits erwähnten Paragraphen, da bei der strikten Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen jene Arbeiter wohl durch solche Äußerungen in ihrem freien Willen beeinträchtigt werden könnten.

— Der Parteigenosse **Goldstein** in **Zwickau**, Redakteur des „Sächsischen Volksblatts“, wurde wegen eines Feuilletons, überschrieben: „Bereinspolizeiliches aus Sachsen“, vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Durch das Feuilleton soll der Regierungsassessor **Dr. Böhm** aus **Glauchau** beleidigt worden sein, dessen Verhalten als überwachender Beamter der **Maifest-Versammlung** in **Hohenstein-Ernstthal** darin kritisiert war.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der **Diamantarbeiter-Streik** in **Hannau**, der jetzt schon 9 Monate anhält, scheint noch zu keinem Abschluss zu gelangen. Vor 14 Tagen waren zwei Mitglieder der **Kammerdamer Gewerkschaft** in **Hannau** eingetroffen, um sich über den Stand des Streiks zu erkundigen. Hierbei wurde mit den Arbeitern die Vereinbarung getroffen, daß die holländische Gewerkschaft sich den Fabrikanten gegenüber bereit erklären sollte, bei Einführung der besseren holländischen Schleifmethode behilflich zu sein. Dieses Anerbieten wurde aber von den Fabrikanten zurückgewiesen und gleichzeitig unbedingte Aufnahme der Arbeit verlangt, ebenso wurde die Einschränkung der Bezahlungsfrist abgelehnt. Die Arbeiter sind nun gefonnen, den Ausstand fortzusetzen und ist ihnen von der holländischen Gewerkschaft auch ferner die Unterstützung zugesagt.

Der **Streik der Harmonika-Arbeiter** in **Magdeburg** ist beendet. Die **Firma Traugott Schneider u. Komp.** hatte es verstanden, an 70 Streikbrecher heranzuziehen. Wesentlich begünstigt wurde sie in ihrem Vorhaben, weil bei der großen Theilnahme in dieser Fabrikation gänzlich ungenügende Kräfte Verwendung finden können. Die weitere Fortsetzung des Streiks schien somit aussichtslos und sind die Arbeiter in tapferer Gegenwehr nach siebenwöchentlichem Kampfe unterlegen.

Der **Ausstand der Leipziger Maurer** dauert fort. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 619 Maurer und sind in den letzten Wochen 37 abgereist. Von den Streikenden wird dahin gewirkt werden, daß in nächster Zeit eine größere Zahl der Streikenden abreist.

Aus dem **Waldenburger Kohlenrevier**. In **Fellhammer** und **Hermisdorf** fanden am Sonntag sehr zahlreiche besuchte **Bergarbeiter-Versammlungen** statt, welche sich nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Reichstags-Abgeordneten **Müller** für die **Nachstunden-Schicht** erklärten. Die Versammelten versprochen, sich andauernd und energisch für die achtstündige Schicht zu bemühen, bis sie auf den niederschlesischen Gruben eingeführt ist.

Ausland.

Zum **Kampf der englischen Maschinenbauer** weiß die heute eingetroffene „Daily Chronicle“ folgende recht interessante Geschichte von dem Herrn **Siemens** zu erzählen: Am Montag Morgen kamen in **Liverpool** 4 deutsche Maschinenbauer an, welche von der **Firma Siemens u. Halske** in **Berlin** engagirt worden waren für den Betrieb in **London**. Sie hatten einen Kontrakt unterzeichnet, wonach sie sich für 6 Monate die Woche für 36 Schilling verpflichteten, bei der **Firma** zu arbeiten. 36 Schilling ist ein Lohn, der um 2 Schilling unter dem **Trade-Unions-Tarif** steht. Den Leuten war versichert worden, daß der Streik zu Ende sei. Die **Bier** wurden von Freunden der **Organisation der Arbeiter** zu einem Rechtsanwalt geführt, der in ihrem Namen Fahrt und Kosten in der Höhe von 20 Pf. St. von Herrn **Siemens** verlangte. Herr **Siemens** bot 10 Pfund an, was aber vom Rechtsanwalt abgelesen wurde. Wegen Herrn **Siemens** wird nun Klage erhoben werden auf Schadenersatz, weil die betreffenden Arbeiter nur durch Vorspiegelung falscher Thatsachen zur Reise veranlaßt worden waren. Die Engagierten haben mittlerweile die Heimreise bereits wieder angetreten.

Die **Almelo'schen Weber** (Holland) haben ohne Streik gestagt. Die Fabrikanten sind der Lohnforderung nachgekommen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 16. September. (M. Z. B.) Bei der Station der Südbahn **Bruck a. d. Mur** fuhr ein Schnellzug auf einen mit Verspätung in den Bahnhofs einfahrenden anderen Schnellzug. Hierbei erlitten vier Reisende leichte Kontusionen; das Fahrmaterial wurde nicht beschädigt, nur einige Passirer wurden verwundet.

Peru, 16. September. (M. Z. B.) Aus einer Unterredung **Don Carlos** mit einem Schweizer wird gemeldet, daß **Don Carlos** den Zusammenbruch des jetzigen Regimes in **Spanien** für unmittelbar bevorstehend hält. Eine republikanische Regierung sei unmittelbar. Er werde die Königin nicht zur Flucht drängen, aber in **Spanien** einzuziehen, sobald dieselbe die Grenze überschritten haben wird.

Der freigesprochene Revolverheld.

Wie es neuerdings als ganz besonders staatsberathend gilt, die „höchste Strafe“ denjenigen fällen zu lassen, der seinen Nebenmenschen an freiwilliger Arbeit hindert, so ist es geradezu auffällig, daß die Justiz des Kaiserreiches für denjenigen besondere Nachsicht läßt, der sich im Ordnungskampfe gegen klaffenbewußte Arbeiter zu weit vorwagt und die Schranken des geschriebenen Gesetzes niedertritt. Aber ein Fall wie der, von dem wir im gestrigen Depeschenteil aus Hamburg berichtet haben, dürfte denn doch nicht allzu oft vorkommen, mag er auch als markantes Produkt gesellschaftsretternder Denkart und speziell noch als blendend helles Zeichen der Entwicklung der Klaffengegenätze aufzufassen sein.

Wir halten den am Mittwoch in Hamburg gefällten Freispruch für wichtig genug, um eingehender als es gestern möglich war, dem Gange der Schöffengerichts-Verhandlung zu folgen.

Dem Freispruch liegt folgender Thatbestand zu Grunde:

Am 17. Juni d. J., also lange nach Beendigung des Streiks, hatten die Erwerfährer W. und B. den Kassenhüter-Schiffer Kurt Kraft gefragt, ob er die Legitimation der organisierten Erwerfährer bei sich führe. Es ist dieses eine kleine Blechmarke, die sich die Erwerfährer gegenseitig abfordern und zeigen, um durch eine regelmäßige Kontrolle ihre Organisation zu fördern. Kraft antwortete, er sei im Besitz der Legitimation; er zeigte auch eine Blechmarke vor. Den beiden Erwerfährern schien die Marke jedoch gefälscht zu sein und sie machten eine dahingehende Aeußerung, worauf Kraft erwiderte, sie sollten sich von der Echtheit der Marke überzeugen. W. u. B. legten deshalb mit ihrer Schute längs der Kassenhüter des Kraft und gingen an Bord derselben. Kraft gab dem W. die Blechmarke in die Hand und B. erkannte nun genau, daß sie gefälscht war, wie das von „Arbeitswilligen“ mehrfach in der Blätter geschahen ist, das Odium der „Arbeitswilligkeit“ von sich abzuwenden. W. nahm die Marke an sich, um sie als Beweismaterial zu der von ihm beabsichtigten Anzeige wegen Urkundenfälschung der Staatsanwaltschaft zu überliefern. Dann lehnte W. in seine Schute, die abzutreiben drohte, zurück, und B. wollte ihm folgen. Kraft faßte den W. aber beim Zeug, um ihn festzuhalten. W. riß sich jedoch bald los und sprang ebenfalls in seine Schute. Kraft ließ nun schnell in die Kajüte seiner Kassenhüter, holte sich von dort einen Revolver, zielte auf den schon wieder an seine Arbeit gehenden W., schob zweimal los und traf B. auch richtig in den linken Arm, so daß der Verwundete im Seemanns-Krankenhaus aufgenommen werden mußte und vierzehn Tage krank lag. Kraft war deshalb wegen vorfälliger und gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Er erklärte in der Verhandlung, er sei in der Meinung gewesen, daß W. von seiner Schute nochmals einen „Angriff“ auf ihn machen wollte und habe deshalb W. durch einen Schuß ins Wasser erschrecken wollen. Auch erklärte er, er sei von W. auf seiner Kassenhüter gewürgt worden. Nicht nur die Zeugen W. und B., sondern zwei weitere einwandfreie Zeugen, die ganz zufällig in der Nähe waren, bestritten die Angaben des Angeklagten unter Eid auf das entscheidendste. Auch ein vom Verteidiger aufgebobener Entlastungszeuge konnte die Angaben des Angeklagten in keinem Punkte bestätigen, so daß derselbe mit seinen Angaben völlig isoliert stand. Das Revolverattentat erwies sich als ein ganz trivialer Erzech gegen das Leben und die Gesundheit eines anderen. Trotzdem wollte der Staatsanwalt Dr. v. Böhl, der im übrigen die Anklage für völlig erwiesen hielt, dem Angeklagten mildernde Umstände im weitgehendsten Maße zugebilligt wissen, weil derselbe sich über die ihm seitens der Zeugen W. und B. zu theil gewordene Belästigung in großer und berechtigter Erregung befunden habe. Der Antrag lautete auf 20 M. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung mit der Begründung, daß der Angeklagte geglaubt habe, W. wolle ihn angreifen, und daß er in seiner Erregung über die Grenzen der allerdings objektiv nicht vorhandenen Nothwehr hinausgegangen sei. Eine solche im Affekt begangene Ueberschreitung der Nothwehr sei aber nicht strafbar. Die Kosten wurden auf die Staatskasse übernommen.

Wie das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme zu einem solchen Resultat kommen konnte, das an dieser Stelle zu untersuchen, hüten wir uns aus weisen Gründen. Trotzdem wir es objektiv für durchaus verfehlt halten, können wir in gewisser Beziehung jedoch mit ihm zustimmen. Solche Urtheile können selbst den Abwehrten besser, als alle Leitartikel und Vorträge, über das wahre Wesen der modernen deutschen Gerechtigkeit auf. Während und seit dem Fasenarbeiterstreik haben die Hamburger Straßengerichte auf diesem Gebiete ganz außerordentliches geleistet. Welch einen kostbaren Schatz finden wir in Gerichtsbescheiden, wie dem, mit welchem wir uns heute zu befassen hatten!

Kommunales.

In der Gehaltsordnung für die Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeindeschulen, wie sie der Stadtverordneten-Verammlung von dem Magistrat zur Genehmigung vorgelegt ist, hat der Stadtverordnete Dr. Preuß, Mitglied des zur Vorbereitung der bezüglichen Vorlage von der Verammlung eingesetzten Ausschusses, folgende Abänderungs-Anträge eingebracht: I. Für endgiltig angestellte Lehrer: Grundgehalt 1200 M. (statt 1000 M.). Mietpentschädigung für verheiratete Lehrer 600 M., für unverheiratete Lehrer ohne eigenen Haushalt 400 M. (statt 600 M. für jede der beiden Kategorien). Gesamteinkommen also 4000 M. bezw. 3800 M. (statt 3800 M.). II. Einseitig angestellte Lehrer erhalten: Grundgehalt 960 M. (statt 800 M.), sonst unverändert, also Gesamteinkommen 1360 M. (statt 1200 M.). III. Lehrerinnen: Grundgehalt 2400 M. (statt 2000 M.), sonst unverändert, Gesamteinkommen 5400 M. (statt 5000 M.). IV. Lehrerinnen: Grundgehalt 1000 M. (statt 900 M.), außerdem soll die Gehaltskala zu Gunsten der Lehrerinnen geändert werden, Gesamteinkommen 2500 M. (statt 2400 M.). V. Fachlehrerinnen: Alterszulagen: nach 15 Jahren 500 M., nach 18 Jahren 600 M. (Nach der Magistratsvorlage hört die Zulage mit 400 M. nach 12 Jahren auf.) Gesamteinkommen 1800 M. (statt 1600 M.). Ferner sollen die Jahre, in welchen die Fachlehrerinnen an öffentlichen Schulen in Deutschland mit mindestens 16 (statt 24) öffentlichen Schulen beschäftigt sind, zur Anrechnung kommen.

Der Gemeindevorstand von Rummelsburg hat sich mit der dringenden Bitte an die hiesige städtische Verkehrsdeputation gewendet, Schienen zwischen Berlin und dem 17000 Einwohner zählenden Vorort Rummelsburg geeignete Verkehrsverbindungen herzustellen. Schon in den 90er Jahren sei der Neuen Berliner Werderbahn-Gesellschaft die Linie Berlin-Rummelsburg konzeptioniert worden, sie kam jedoch nicht zur Ausführung, da die bezügliche Konzession später zu Gunsten der nach der städtischen Ironianstalt Herzberge auszubauenden Straßenbahn-Linie annulliert worden ist. Nach einer im Jahre 1894 vorgenommenen Zählung haben an einem Tage die Wozhagener Kaufleute, die die neue Straßenbahn zu durchlaufen hätte, 33783 Personen von und nach Berlin passiert. Die einzige Verbindung bilde der weit entlegene Stadtbahnhof Stralau-Rummelsburg. Der Gemeindevorstand ersucht zunächst die beiden Linien Berlin, Alexanderplatz-Rummelsburg-Biktoriaplatz und Rummelsburg, Station Stralau-Rummelsburg-Wuhlsdau durch die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft oder durch die Eisenbahn-Vergesellschaft Bering u. Waechter angekauft zur Ausführung bringen zu lassen. Die Stadt selbst habe an der Herstellung dieser Verkehrsverbindungen ein großes Interesse, da in dem dortigen

Gemeindebezirk die Stadt ca. 400 Morgen bebauungsfähiges Terrain besitze, und da sich daselbst das städtische Arbeitshaus und das große Friedrich-Waisenhaus befinden.

Lokales.

Armennachlässe. Das städtische Obdach in der Freßelstraße bietet nicht nur Armen und Blinden eine kurz bemessene Zufluchtsstätte, sondern dient auch zur Unterbringung von todtten Gegenständen, denen allerdings ein längeres „Obdach“ gewährt werden muß, als den Menschen. Ganze Säle finden sich hier vor, mit Wirtschaftsgegenständen vollgepropp, gut und schlecht in wirrem Durcheinander, wenigleich büreaukräftig geordnet, so daß die Verwaltung oft Mühe hat, sie unterzubringen und froh ist, wenn sie die Sachen wieder los wird. Es sind dies zum großen Theile die sogenannten „Armennachlässe“. Jeder „Armenempfänger“ muß nämlich sein Hab und Gut der Armenverwaltung verschreiben, welche nach dem Ableben des Armenunterstützten dessen Erbschaft antritt und dessen Nachlass gewissermaßen als Entschädigung für die zu Lebzeiten desselben geleistete Armenunterstützung in Anspruch nimmt. Dazu gesellen sich die Nachlässe solcher in städtischen Krankenhäusern verstorbenen alleinstehenden Personen, welche irgendwelche Verpflichtungen der Armenverwaltung gegenüber haben. Daß diese „Armennachlässe“ in den meisten Fällen keinen großen Werth repräsentieren, liegt in der Natur der Sache, denn daß die weitens meisten der aus öffentlichen Mitteln Unterstützten keine luxuriöse Wohnungseinrichtung besitzen, kann wohl im allgemeinen angenommen werden, wenigleich auch Ausnahmefälle vorkommen werden sollen. Dafür sprechen auch die ungemein niedrigen Taxpreise, zu denen die Sachen, Möbel, Kleidungsstücke, Wäsche, Uhren u. s. w. verkauft werden. Bevor ein solcher Verkauf vorgenommen werden kann, muß erst eine „Erbschaftsregulierung“ stattfinden, d. h. die Angehörigen oder Verwandten des Verstorbenen müssen benachrichtigt und ihnen Gelegenheit zum eventuellen Rückkauf der Sachen gegeben werden, und darüber vergehen oft Monate, während welcher Zeit die Sachen im städtischen Obdach lagern. Nachdem erst werden die Sachen an Treidler verkauft und diejenigen, die unverkäuflich bleiben, vernichtet; Möbel werden zu Brennholz zerhackt u. s. w. Sind arme Verwandte vorhanden, so werden ihnen auf Reklamation auch wohl Nachlassstücke unentgeltlich überlassen, sofern sich nicht andere Verwandte finden, welche den Taxpreis für die Sachen bezahlen. Berechnet man die Kosten, welche der Armenverwaltung aus diesen Armennachlässen erwachsen durch Transport, Aufbewahrung, büreaukräftige Arbeiten und die Arbeitskräfte, die dabei Verwendung finden müssen, welche früher die Strafanstalten bezw. Arbeitshäuser stellten, die aber auf eine Intervention des „Vorwärts“ hin jetzt der freien Arbeiterkraft entnommen werden, so gelangt man zu dem Resultat, daß die Armennachlässe nicht im entferntesten die entstehenden Kosten zu decken vermögen, ja häufig genug nicht einmal die Transportkosten bezahlt machen. Wie schon vorher angedeutet, weiß die Verwaltung des städtischen Obdachs oft nicht, wo sie mit den Armennachlässen hin soll und ist meistens froh, wenn sie den Kram und das Gerümpel wieder los wird. Bei dieser Sachlage muß man sich eigentlich wundern, weshalb die Armenverwaltung sich erst die vielen Kosten und die Mühe macht, theils werthlose Armennachlässe dem städtischen Obdach einzuverleihen und monatlang aufzubewahren. Es wäre doch das einfachste, solche Nachlässe von vornherein den Hinterbliebenen und Verwandten eines verstorbenen Armenunterstützten zu überlassen, denn einmal hat die Hinterbliebenen für diese vielleicht einen familiären Werth, andererseits ist wohl anzunehmen, daß die Hinterbliebenen oder Verwandten des verstorbenen Armenunterstützten — wenigstens in zahlreichen Fällen — für diesen ihrerseits ebenfalls materielle Aufwendungen gemacht haben, denn eine Armen-Unterstützung wird nicht in so reichem Maße gewährt, daß lediglich von dieser jemand zu leben vermöchte. Sollte sich aus diesen zunächst berechtigten Kreisen kein Vererber für die Nachlasssachen finden, nun, so giebt es doch wahrlich genug Arme in Berlin, die an allem Mangel leiden und denen mit der Ueberlassung von Möbel- oder Kleidungsstücken, Wäsche, Betten u. s. w. für die Armenverwaltung seinen Werth haben, immerhin gebietet wäre. Warum müssen Sachen vernichtet werden, die arme Menschen noch brauchen können?

Bei den vielen Unglücksfällen, die auf unseren so ruhigen und ruhigen Gewässern um Berlin sich alljährlich im Sommer stets mit derselben Pünktlichkeit wiederholen, spielt eine vom Publikum aber auch von den Wasser-Aufsichtsbehörden bisher viel zu wenig beachtete Thatsache eine ganz besondere Rolle, das ist die Bauart der gewöhnlichen Ruderboote — die schmalen Ruderboote der Regattafahrten bleiben hier außer Betracht. Aber jene kleinen Boote, die der Sonntagsrunderer für 80 Pf. die Stunde mietet, und die der Berliner mit richtigem Instinkt „Seelenverkäufer“ nennt, bieten durch ihre ungeschickliche Bauart für das Umkippen die allerbeste Gelegenheit und sind eine höchst beklagenswerthe Eigenthümlichkeit für Berlin und Umgebung. Bekanntlich hat jedes Schiff auf dem Wasser einen unveränderlichen Schwerpunkt; je nachdem die Ladung tief unten am Boden liegt oder über Bord hoch sich aufrichtet (wie z. B. Feuer), wird auch der Schwerpunkt von seiner tiefsten Stelle höher und höher steigen bis endlich bei zu hoher Ladung das Schiff eine zu leicht veränderliche Gleichgewichtsstellung erhält und kippt.

Diese Gefahr tritt auch bei leichten Dampfern ein, die nicht genug Ballast haben, aber auf dem Deck mit Passagieren überlastet werden, wie das bei dem großen Unglück auf der Elbe bei Dresden zur Zeit der Vogelwiese diesen Sommer der Fall gewesen ist. Die plötzliche Bewegung einer Anzahl Personen nach einer Seite brachte den Dampfer zum Kippen. Viel schlimmer auf Grund derselben Theorie liegt die Sache bei der Fahrt auf einem kleinen Seelenverkäufer. Sihen drei Personen ganz still im Kahn, so hat er einen gewissen Tiefgang; plötzlich schiebt aber einer aus, sofort ist die Schwerpunktverlegung vollzogen, der Aufgestandene oder ein anderer neigt sich ein wenig zur Seite — verliert selbst in dem lippligen Boote das Gleichgewicht — schwapp — liegt die ganze Gesellschaft im Wasser! Erwägt man nun noch, mit welcher Unerfahrenheit die Sonntagsrunderer sich überhaupt auf dem Wasser benehmen, wie unthunwillig Schaulken oder ähnliche Unvorsichtigkeiten mit Vorliebe in Gegenwart von Damen geübt werden, so ist bei der auf den Kiel gebauten ungeschicklichen Dampfboote die Häufigkeit der Unfälle durchaus erklärlich.

Unbegreiflich ist es, daß die Aufsichtsbehörden die nachliegende Abhilfe nicht längst geschaffen haben durch Verbot der Ruffschalen-Konstruktion auf Kiel. Freilich ist heute ein solches Verbot eine schwere Härte gegen die Bootvermietler, aber allmältig könnte es sehr wohl durchgeführt werden. Fast gänzlich ausgeschlossen ist die Gefahr des Umkippens in Röhren mit einem Boden, wie sie als Handfähnen an den großen Frachtschiffen und Zisten hängen, die unsere Havel, Spree und den Kanal befahren. Etwas zierlicher gebaut dienen sie vorzugsweise als Fischereifahrer. Der ungewölbte Boden, die schrägen, stumpfwinklig zum Boden stehenden Seitenwände geben den kleinen Schiffen eine ausgezeichnete Stabilität, d. h. eine sichere Stützelage gegen Seitenverwankungen, sie sind natürlich ohne Kiel gebaut, legen dem Schaulken einen sicheren Widerstand entgegen und bringen die leichtfüßigen Jungs nicht gleich in Gefahr. Solch ein Schiffchen bewegt sich etwas schwerer fort, doch that auch hier die geschickte Bauart sehr viel, jedenfalls genügt der ebene tiefe Kahn für die unerfahrenen Sonntagsrunderer über alle Röhren und in all den Städten, wo er Sitte ist, sind Unglücksfälle äußerst selten.

Illusionen. Ein Zentralverein selbständiger Gewerbetreibender für den Halle'schen Thors- und die benachbarten Bezirke wurde gestern Abend in einer stark besuchten öffentlichen

Versammlung bei Rothacker, Zeltwerfstr. 8, auf Anregung des Vereins der Bäckermeister Südwest und Friedrichshagen begründet. Dieser Zentralverein soll insbesondere das Ueberhandnehmen der großen Bazare durch Aufhebung einer Umsatzsteuer einzudämmen suchen und die Rammisch- und betrügerischen Massen- und Konsumwaren-Verkäufe durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb bekämpfen. Zu diesem und anderen Zwecken soll ein Rechtsanwalt als Syndikus gewonnen werden, der durch unentgeltliche Rechtsbeistand dem bedrängten Gewerbestande hilfreich zur Seite stehen soll. In dem einleitenden Referat, welches der Konstituierung des Zentralvereins voranging, wurde mitgetheilt, daß gegenwärtig wiederum nicht weniger als fünf Rabatt-Sparvereine und außerdem verschiedene große Bazare im Entstehen begriffen sind, welche sämmtlich die Existenz der Gewerbetreibenden vor dem Halle'schen Thore aufs empfindlichste bedrohen. Und vor allem will hier auch der Obeliger Baaren-Einkaufverein seinen Fuß fassen und durch Errichtung zahlreicher Filialen den Gewerbetreibenden eine geradezu gefährliche Konkurrenz bereiten. Die Klampen werden nicht mit allzureichlichen Vorbereiten aus der Schlacht heimzuführen, vorausgesetzt, daß sie es überhaupt wagen, ernsthaft gegen die Entwicklung der Dinge ins Feld zu ziehen.

Wie die Kunst nach Brot geht. Der Sohn des Hauselgen- thümers H. in der Neuen Königstraße wurde am vorgestrigen Tage eingekerkert. Am Nachmittag gegen 4 Uhr erschien plötzlich eine aus sechs Musikanten bestehende Kapelle, nahm auf dem Treppenaufgang der ersten Etage Aufstellung und musizierte dort. Die Mitglieder der Kapelle wurden von dem Vater des Konfirmanden nach einem in demselben Hause befindlichen Restaurant geschickt und dort auf dessen Kosten bewirthet. Nachdem die Leute ihr Bier getrunken, verlangten sie von Herrn H. noch ein Trinkgeld und erklärten dem erkrankten Hausvater, daß sie von einem unbekanntem Manne bestellt und ausgeschickt worden sei, daß Herr H. ihnen ein Trinkgeld geben müsse. Als dieser nunmehr drohte, einen Schuttmann holen zu lassen, entfernten sich die Musikanten eilig. Derartige Fälle sollen mehrfach vorgekommen sein.

Die Pflastermillion, d. h. jene Million Mark, welche nach einem eingebrachten Antrage von der Stadtverwaltung auf den Ueberflüssen des laufenden Jahres zur Verbesserung des Straßenpflasters in bestimmten Straßen verwendet werden soll, hat plötzlich wieder dringende Pflasterungsbedürfnisse in allen Stadtgegenenden laut werden lassen, denen gegenüber die Stadt mit der einen Million Mark nicht weit kommen dürfte. Es scheint indes, daß zunächst diejenigen Straßenzüge in Angriff genommen werden sollen, die wegen Mangel der erforderlichen Mittel beim Beginn des städtischen Verwaltungsjahres von der Liste der zu pflasternden Straßen gestrichen worden mußten. So hatten Bewohner des Ostens der Stadt um Pflasterung der Eßlingerstraße sowie um endliche Regulierung der Frankfurter Allee bis zur Stadtgrenze im Anschluß an die dort bereits beendeten Arbeiten der Gemeinde Friedrichsberg petitionirt; sie erhielten vor einigen Tagen einen abschlägigen Bescheid mit der Begründung, daß die erforderlichen Mittel fehlen, die betreffenden Straßen aber im nächsten Jahre berücksichtigt werden sollten. Wenige Tage nach dem Eintreffen dieses Bescheides begannen aber bereits die Pflasterarbeiten in der Eßlingerstraße, die jetzt im besten Gange sind. Bei den neuen Pflasterarbeiten wird übrigens mit einer gewissen Zurückhaltung vorgegangen, da man gern die Erfolge mit dem neuen Versuchspflaster kennen lernen möchte, das gegenwärtig in der Andreasstraße, in der Nähe der Blumenstraße, gelegt wird, von dessen Haltbarkeit nach den an anderen Orten damit gemachten Erfahrungen man viel Gutes zu erzählen weiß und das sich im Preise ganz bedeutend billiger stellt, als unsere besseren Pflasterarten. Bewährt sich dieses neue Versuchspflaster, so können künftig an Neu- und Umpflasterungen ganz erhebliche Summen gespart werden.

Die Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske hat jetzt dem Magistrat eine Ausfertigung des Entwurfs für die als Erweiterung der in Ausfühung begriffenen elektrischen Hochbahn Stadtbahnlinie Potsdamer Platz-Spittelmarkt-Jannowbrücke-Königsbrücke-Neßter Erläuterungsbericht mit der Bitte überreicht, nunmehr in die Verhandlung über den Entwurf mit der Gesellschaft einzutreten; letztere erklärt sich zu jeder etwa gewünschten Ergänzung des Entwurfs bereit.

Zum Fall Fietzen veröffentlicht jetzt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Protokolle des Barbiers Androc aus Potsdam, wodurch bewiesen werden soll, daß Androc schon früher, vor zehn Jahren, in der Fietzen-Sache verurtheilt worden sei. Die Mittheilung hätte die „Norddeutsche“ sich sparen können. Daß ein mit Androc's Namen unterschriebenes Protokoll aus dem Jahr 1887 existirt, ist eine alte Geschichte und niemals bestritten worden. Aber Androc bestreitet die Echtheit seiner Unterschrift.

Warum seht die Untersuchung nicht hier ein? Warum bemüht man sich nicht, die Wahrheit in bezug auf diesen Punkt festzustellen, was doch nicht schwer sein kann? Also nicht länger gefadelt! Nicht ob ein Protokoll aus dem Jahr 1887 besteht, ist die Frage, sondern ob die Unterschrift Androc's unter diesem Protokoll echt ist oder gefälscht.

Ein neuer organisirter Geheimmittel-Schwindel wird in der D. Med. Wochenschr. aufgedeckt. Er führt sich unter dem langweiligen Titel „Elektro-Homöopathie Sauter“ ein. Bedauerlicherweise Weise haben sich für den Vertrieb einige deutsche, namentlich Berliner Apotheker hergegeben, welche sogar ihre Firmenschilder und Straßentransparenzen mit dem Namen einer „Elektro-Homöopathie“ schmückten. Mit der Dahnemann'schen Homöopathie hat die Sache absolut nichts zu thun. Sie sucht sich vor dem Publikum mit einem geheimnißvollen Nimbus zu umgeben, als ob sie mit bisher unbekanntem Naturkräften arbeite. Es ist ein Schwindel plumpster Art. Trotzdem ist die „Elektro-Homöopathie Sauter“ bereits organisirt und das Geschäft blüht; sie giebt „elektro-homöopathische Werke“, Gratis-Broschüren und Zeitschriften in Unzahl heraus. Sie erheben in der ganzen Welt und auch bei uns in Deutschland um ihr Fortkommen und ihr Geschäft besonders verdienstvolle Herren und Damen zu „Elektro-Homöopathen“ und gründet „elektro-homöopathische Offizinen“, für deren Geschäftsreklame sie mütterlich und recht auskömmlich sorgt. Die Mittel selbst in Form von Strentabletten, Salben, Flindern u. s. w. sind in Reihen eingetheilt und mit Namen wie Angiotische, Camörey, Lymphatische, rolhe, blaue, weiße Elektricität u. s. w. bedacht, welche mit der Zusammensetzung nichts zu thun haben, dafür aber geeignet sind, in dieser Hinsicht einen mystischen falschen Glauben zu erwecken.

Die Berechtigung für den Einjährigen-Dienst hat der „Voss. Ztg.“ zufolge ein Schlossergeselle Namens Ernst Neues auf Grund des sogenannten Künstlerpatographen der Wehr-Ordnung erlangt. Er hatte während seiner Lehrzeit das Modell einer Lokomotive aus Eisen so kunstvoll gearbeitet, daß es den Befehl und die Bewunderung seines Meisters und seiner Genossen hervorrief. Der Meister veranlaßte den Gesellen, die Arbeit der zuständigen Militär-Prüfungskommission einzureichen und auf Grund dieser Leistung die Zulassung für den Einjährigen-Dienst zu beantragen. Die Kommission beauftragte einige Fachmänner mit der Prüfung des Modells, die ihre Zufriedenheit damit ausdrücken. M. wurde hierauf aufgefordert, sich einer mündlichen Prüfung zu unterziehen, die ebenfalls genügend ausfiel. Der freibleibe junge Mann hat infolgedessen die Berechtigung, nur ein Jahr dienen zu müssen, erlangt. Hat es auch das Geld dazu?

Eine ganze Reihe von Prozessen haben die Pächter der Ackergrundstücke, auf denen sich der vorjährige Vergnügungspark befand, gegen den Arbeitsauschuss der Gewerbe-Ausschreibung angestrengt. Gleich nach Beendigung der Ausstellung forderten die Pächter, die

Ihre Grundstücke von der Stadt Berlin gepachtet haben, die Besitzer der Schaubuden, Konzertlokale etc. auf, den Platz zu räumen. Da diese jedoch die Hoffnung hegen, daß der Vergnügungspark erhalten bleiben würde, zögerten sie mit der Räumung und ließen schließlich zum Theil ihre Baupläne gänzlich im Stich. Auf Veranlassung der Treptower Behörde wurden die den Vergnügungspark begrenzenden Zäune niedergelegt, doch war es für die meisten Ackerwäpcher schon zu spät, den Boden zu bestellen. Die Leute wandten sich nun an das Gericht, um den Arbeitsauschuss für den erlittenen Schaden haftbar zu machen.

Die Leiche eines etwa 50 Jahre alten unbekanntes Mannes ist auf dem Pionir-Übungsplatz bei Tabber's Waldschloßchen gefunden worden.

Revolverattentat. In dem Geschäftsflokal eines Schlächters in der Invalidenstrasse erschien vor einigen Tagen abends die unverehelichte M. und legte dem Schlächter einen Zettel zur Unterschrift vor, durch welchen er sich zur Vaterschaft eines von der Schwester der M. im August dieses Jahres unehelich geborenen Kindes bekennen sollte. Der Schlächter verweigerte die Unterschrift, da er seine Vaterschaft nicht anerkennt. Als er hierauf dem Mädchen den Rücken kehrte, feuerte letztere einen Revolver auf ihn ab, verletzte ihn jedoch nur leicht am Oberleibe, da das Geschoss in den Weichteilen stecken blieb. Die M. giebt an, daß sie ihre durch die Aufregung erkrankte Schwester habe beruhigen und für den Fall, daß der Schlächter die Anerkennung der Vaterschaft verweigern sollte, demselben einen Dentsattel habe geben wollen. Zu diesem Zweck habe sie einen ihrer Dienerschaft gehörenden Revolver mitgenommen. Die M. ist verhaftet worden.

Schwer verunglückt ist am Mittwoch Nachmittag der 30 Jahre alte Rutscher Ignaz Nicolitzky aus Schildhorn, der mit einer Fuhr von Steinen aus dem Neubau Luisenstrasse 35 herausfahren wollte. Die Durchfahrt durch den Fluß war durch ein Gerüst versperrt, und als M. darunter durchzukommen suchte, geriet er zwischen Gerüst und Wagen und erlitt eine derartige Quetschung der Brust, daß er nach einem Krankenhause gebracht werden mußte.

Tödlicher Absturz. Bei der Revision des Hauptgestirnes am Hause Walsplaquestrasse 13 stürzte gestern Nachmittag der Klempner Bruno Bräuner durch einen Fehltritt vom Dache herab, schlug auf den Grenzbaum des Nachbargrundstückes auf und erlitt schwere innere Verletzungen. Er verschied einige Stunden später im Krankenhaus des Paul Gerhardt-Stiftes.

Eigenthümliche Gespinntheiten scheinen auf dem Polizeirevier in der Flemmingstrasse zu herrschen. Wird da ein junger Mensch gestern Nachmittag auf die Postanstalt Lehrer Bahnhofs geschickt, um eine Befestigung zu erledigen. Während er, auf dem Rückweg begriffen, an der Mollkebrücke auf den Omnibus wartet, tritt ein Schumann an ihn heran mit den Worten: „Na da haben wir Sie ja, kommen Sie mit.“ Auf die Frage des jungen Menschen, was er verbrochen habe, erhält er zur Antwort: „Wir kennen Sie schon“, und fort geht's zur Wache. Auf seine Unschuldsbekundungen erhält der junge Mensch die Antwort: „Wir kennen schon Ihre Frechheiten.“ Nach etwa anderthalbstündigem Warten wird dem Betreffenden bedeutet, daß er wieder gehen kann; was eigentlich zu seiner Sistierung Veranlassung gegeben hat, darüber schwiegen sich die Sicherheitsorgane aus!

Unter dem Verdacht der Brandstiftung ist der 22 Jahre alte Kaufmann Max Perler aus der Potsdamerstr. 8 in Charlottenburg verhaftet worden. Er betrieb dort eine Kolonialwaarenhandlung; am Sonnabend voriger Woche brach in seinem Keller ein Feuer aus, das er angezündet haben soll.

Arbeiterisiko. Auf dem Neubau Friedrichstr. 12 verunglückte gestern Nachmittag 5 Uhr der verheiratete Arbeiter Ferdinand König aus Daxenberg, Fruchtstrasse 79 in Berlin wohnhaft. Er stürzte etwa 10 Meter tief herab und kam so unglücklich zu Falle, daß er sich das Genick brach. Sterbend wurde er nach der Unfallstation I, Wilhelmstrasse 10, gebracht.

Die Treptower Sternwarte wird wegen der ungemessenen gähnigen Mondbeobachtung am Freitag Sonnabend und Sonntag bis 1 Uhr nachts geöffnet sein. Der Mond geht an diesen Tagen erst spät auf, so daß er am Freitag erst um 9 Uhr, am Sonnabend von 10 Uhr, am Sonntag von 11 Uhr ab beobachtet werden kann.

Theater. Im Schiller-Theater findet Sonntag nicht, wie angegeben wurde, eine Aufführung von „Des Meeres und der Liebe Wellen“, sondern von „Romeo und Julia“ mit den Damen Pauli, Walter, A. D. Werner, Barth und den Herren Bach, Vateg, Patra, Winterstein und Probsie in den Hauptrollen statt. Für Sonntag Abend bleibt die angegebene Vorstellung von „Die Kinder der Erzelenz“, Lustspiel von G. v. Holzger und W. Schumann. Grillparzer's „Des Meeres und der Liebe Wellen“ kommt nächsten Sonntag, den 26. September, nachmittags zur Aufführung. — Sophie Burda tritt nach längerer Pause in der 3. und 4. Bolle vorstellung des Luisen-Theaters am Sonntag Nachmittag und Montag Abend als „Clara“ im „Gnomon“ wieder vor das Publikum. Den „Gnomon“ spielt Herr Fritz Riedel vom Stadttheater in Rio. Die Volks-Vorstellungen im Luisen-Theater unter Regie des Herrn Julius Litz finden zu halben Kasseeinpreisen statt. — Der Komponist Cavaliere Paolo Giorgio, welcher im Theater „Femice“ in Benedig und an der Londoner „Olympia“ jahrelang als Kapellmeister tätig war und die Musik zu dem Schauspiel „Konstantinopel“ geschrieben hat, ist von dem Neuen Olympia Theater (Luisen-Kanal) als erster Kapellmeister gewonnen worden. — In der heute im Abend-Theater zum ersten Male in Szene gehenden Novität „Rev-Rummelstübe“ liegen die Hauptrollen in Händen der Damen Vid, Origo, Weid, Schönborg, Bergmann, Pauli, der Herren Till, Felsch, Divyas, Reimer, Bach, Pauli, Aischüller und Karl Weid. Die Musik hat Gnst. Steffens komponirt, Hof. Dill hat das Stück in Szene gesetzt. Der Anfang ist auf 8 Uhr festgesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Der Frauen- und Mädchenbildungsverein für Rixdorf und Umgegend veranstaltet am Sonnabend in den Victoria-Sälen, Hermannstr. 49, ein Sommernachtsfest, auf das wir unsere Leserschaft aufmerksam machen. Willens sind zu haben bei Frau Leese, Zielhenstrasse 60, v. II, und Frau Harnisch, Steinmehstr. 27, Hof 1.

Die Gemeinde Schöneberg hat vor drei Jahren den fakultativen Fortbildungsunterricht eingeführt und dazu einen staatlichen Zuschuß von jährlich 1100 M. erhalten. Diesen Zuschuß will nun die Staatsregierung für den fakultativen Unterricht nicht mehr hergeben, und sie hat an die Gemeinde die Anfrage gerichtet, ob sie den obligatorischen Unterricht einführen wolle, da anderenfalls die staatliche Beihilfe in Zukunft wegfallen würde. Infolge dessen hat der Gemeindevorstand für die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts ein Urtheil ausgearbeitet und der Gemeindevertretung vorgelegt. Diese hat jedoch in ihrer letzten Sitzung beschloffen, zunächst an die beteiligten Gewerbetreibenden des Ortes eine Umfrage zu richten, um festzustellen, ob diese ein Bedürfnis für die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts anerkennen.

Es muß wohl bezweifelt werden, daß die „Gewerbetreibenden“ im stände sind, diese Frage unparteiisch zu beurtheilen. Wird doch mancher Jünglingsbruder krank vor Kummer, wenn sein Bechling vom Schraubstock oder auch vom Kinderwagen in die Fortbildungsschule muß.

Das Radwettsfahren auf öffentlichen Straßen wird auf Weisung des Landraths Stubenrauch jetzt im Kreise Teltow als ein Verstoß gegen § 3 Absatz 2 der Polizeiverordnung über den Gebrauch von Fahrrädern auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen vom 26. März 1893 angesehen und dementsprechend mit Strafe belegt. Nachdem dem Theilnehmern an der am 29. August stattgefundenen Rundfahrt auf Berlin, soweit sie im Ziel von den dort postierten Gendarmen aufnotirt sind, bereits Strafbescheide in Höhe bis zu 30 M. ausgegangen sind, ist nun auch gegen die am letzten Wettsfahren des Köpenicker Radfahrervereins beteiligten Radfahrer Anzeige wegen Uebertretung obiger Verordnung erstattet. Der betreffende Paragraph lautet: Ueberrmäßig schnelles Fahren, Wettsfahren, Umkreisen von Fußwegen, Menschen und Thieren und ähnliche Handlungen, die geeignet sind, Menschen oder Eigentum zu gefährden, den Verkehr

zu stören, oder Pferde und andere Thiere scheu zu machen, sind verboten.“

Ein Stadtrath, der es mit den Unternehmern verborben hat. Das Disziplinarverfahren gegen sich selbst hat Stadtrath Samter in Charlottenburg beantragt. Stadtrath Samter, befordertes Mitglied des Magistrats, ist u. a. stellvertretender Vorsitzender des dortigen Gewerbegerichts. Sein Amt als solcher läuft demnächst ab. Ein Anzahl von Arbeitgebern, die dem Gewerbegericht als Beisitzer angehören, hatten eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in der sie um die Wahl eines anderen Stellvertreters im Vorhinein ersuchten. Der Magistrat hat es abgelehnt, zu diesem Besuche Stellung zu nehmen. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung stand nun die Befestigung dieses Amtes auf der Tagesordnung. Auf den Antrag des Stadtverordneten Meier wurde die Wahl verlagert, nachdem Bürgermeister Matting mitgetheilt hatte, daß Stadtrath Samter das Disziplinarverfahren gegen sich selbst beim Regierungspräsidenten in Potsdam beantragt habe. In den Kreisen der Arbeitgeber glaubt man, Stadtrath Samter eine Begünstigung der Arbeiter zu vermuthen zu können. Um die Grundlosigkeit dieser Vermuthung erweisen zu können, hat sich Stadtrath Samter angefangen, die Schritte derselben zu jenem Schritte entschlossen.

Die zweite Abtheilung der 3 1/2prozentigen Charlottenburger Stadtanleihe von 1895 im Betrage von 4 000 000 M. hat die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung gestern beschloffen, bei der von der Deutschen Bank mit der Nationalbank und Jakob Landau gebildeten Gruppe von Banken zum Kurse von 99,57 zu begeben.

Zur Errichtung eines Kupferwerkes mit einem Betriebe von 600 Arbeitern hat ein Industrieller aus Frankfurt a. M. an der Spree in Spandau ein Gelände angekauft. Das Werk ist vornehmlich dazu bestimmt, den sehr bedeutenden Bedarf an Kupfer in den Militärwerkstätten zu decken.

Soziale Rechtspflege.

Die Firma „Typograph“ engagirt häufig Schriftsetzer zur Ausbildung an der Schreibmaschine. Beim Engagement theilt die Firma den Setzern mit, daß derjenige entlassen wird, der nach vier Wochen nicht ein gewisses Pensum leistet. Der Setzer D., der gleichfalls das Maschinenwesen erlernen wollte, wurde bereits nach einer Woche entlassen und klagte deshalb beim Gewerbegericht. Er verlangte die Fortsetzung der Lehre oder eine Lohnentschädigung für drei Wochen. Kläger nahm an, daß er auf vier Wochen fest engagirt sei; der Vertreter der Beklagten hielt ihm aber in der Verhandlung vor der Kammer VIII die Fabrikordnung entgegen, wonach die Arbeiter des großen Betriebes kein Anrecht auf eine Kündigungsfrist haben. Kläger erwiderte darauf, sein Lehrvertrag und nicht die Arbeitsordnung sei maßgebend. In ein bei der Einstellung ihm vorgelegtes Buch habe er seinen Namen nur hineingeschrieben, weil er nicht gewußt habe, daß er damit die Fabrikordnung anerkennen solle. Diese selbst habe er nicht gelesen und es sei ihm auch kein Exemplar ausgehändigt worden. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Assessors Meier wies indessen den Kläger ab. Das Schreiben, worin ihm mitgetheilt wurde, es werde entlassen, war nach vier Wochen das Pensum von 200 000 Buchstaben nicht erreicht habe, enthalte kein Engagement auf vier Wochen. Es sei vielmehr nur eine Mittheilung der Bedingungen, die die Beklagte betreffs der Arbeitsleistung stellte. Um Freibücher zu vermeiden, empfehle sich allerdings eine Aenderung des Formulars. Was die Billigkeit der Fabrikordnung angeht, so habe das Landgericht eine Entscheidung der Kammer VIII des Gewerbegerichts bestätigt, wonach in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern die Arbeitsordnung durch den bloßen Aushang für die dort Beschäftigten rechtsverbindlich werde, ganz unabhängig von der Unterschrift und auch ganz unabhängig davon, ob den betreffenden ein Exemplar der Arbeitsordnung ausgehändigt wurde oder nicht. Die Bestimmung der Gewerbeordnung, daß in solchen Betrieben jedem Arbeiter beim Engagement ein Exemplar der Arbeitsordnung eingehändigt sei, sei nach jener Entscheidung nur eine Ordnungsvorschrift.

Wie wäre es, wenn das Gewerbegericht in allen Fällen, wo gegen diese Ordnungsvorschrift verstoßen wird, die Akten der Staatsanwaltschaft einreichte? Es wäre nur die einfache Konsequenz der obigen haarscharfen Auslegung des Paragraphen im § 134a der Gewerbeordnung. Dem Arbeiter „sein Recht“, dem Fabrikanten die Strafe nach § 149 Nr. 7 der Gewerbeordnung!

Vom Engagement im öffentlichen Fuhrwesen. Der Rutscher S. beanspruchte von Herrn Gulse, dem Besitzer der Nachtomnibusse, neben einigen Lohnbeträgen eine Lohnentschädigung, indem er vor dem Gewerbegericht geltend machte, er sei nach der Lösung des Arbeitsverhältnisses neu engagirt und dann nicht beschäftigt worden. Er berief sich besonders darauf, daß ihm der Inspektor des Beklagten sein Schein zu dem Zwecke habe ausstellen lassen, sich vom Polizeipräsidenten einen Fahrschein zu holen. In dem Schriftstück war vermerkt, daß man S. einen Fahrschein ausstellen möge, da er eingestellt werden solle. Hierzu sagte der Inspektor als Zeuge aus, er habe S. mit der Ausfertigung und Ausständigung des fraglichen Formulars noch lange nicht fertig gestellt. Für einen Betrieb, der zum öffentlichen Fuhrwesen gehöre, könne ein Rutscher gar nicht engagirt werden, wenn er nicht im Besitze des Fahrscheins sei. Um diesen zu erlangen, brauche er aber wieder eine entsprechende Legitimation. Vor der eigentlichen Einstellung des S. in den Betrieb habe Herr Gulse angeordnet, daß Kläger nicht einzustellen sei. — Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Assessors Meier wies den Kläger ab. Unzweifelhaft müsse ein jeder einen Fahrschein haben, der im öffentlichen Fuhrwesen beschäftigt werden wolle. Es sei deshalb auf Grund der Zeugenaussage anzunehmen, daß Kläger thatsächlich noch nicht engagirt gewesen sei, als er den Schein mit dem Vermerk, er solle engagirt werden, erhalten habe; vielmehr nahm das Gericht an, daß es sich nur um die notwendige Vorbereitung eines Engagements handelte. Da jedoch die Worte: „soll engagirt werden“, sehr leicht irrtümlich als ein vollendetes Engagement aufgefaßt werden könnten, so wäre dem Beklagten zu rathen, den Wortlaut jener Legitimation zu ändern. Mit den Lohnforderungen wurde Kläger abgewiesen, weil er nach einem von ihm unterschriebenen Revers an die Firma „keinerlei Forderungen mehr“ hat.

Der Gastwirth Gebauer gab im Verlaufe eines Prozesses, den das Mädchen K. wegen einer Lohnentschädigung angestrengt hatte, zu, dem Mädchen „einen Tritt auf's Hintertheil“ verlegt zu haben. Mehrere Zeuginnen bestätigten ihm, daß sich die Klägerin bedarrlich geweigert habe, die Küche zu verlassen, worin sie nichts zu thun hatte. Von einer Entlassung sei nicht die Rede gewesen. Klägerin wurde von der Kammer VI, der Assessor Schmied vorwarf, abgewiesen. Sie sei garnicht entlassen, wäre sie es aber, dann wegen ihrer Keckheit mit Recht. Und jener Trittschlag habe nicht entscheidendes Gewicht!!

Gerichts-Beitrag.

Ein Fälscher, dem das Nachahmen von Schriftstücken zu verbrecherischen Zwecken zu einer Art Liebhaberei geworden war, wurde gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des Mechanikers Friedrich Vandenmann vorgeführt. Der Angeklagte, welcher seit 13 Jahren bei der Firma Siemens u. Halske angestellt ist und ein geschickter Arbeiter sein soll, hat eine Menge Betrügereien begangen. Im Februar vorigen Jahres verstarb der Schuhmacher Otto Treptow. Der Angeklagte besuchte einige Zeit darauf die Wittwe des Verstorbenen. Er legte sich einen fremden Namen bei und erzählte der Wittwe, daß ihr Mann noch ein Outduben von 900 M. bei seiner Firma habe. Ursprünglich seien es 1300 M. gewesen, Treptow habe aber etwa sechs Monate vor seinem Tode 400 M. abgehoben. Wenn die

Wittve ihm eine klingende Belohnung und die Ausweis-papiere des Verstorbenen geben könne, wolle er dafür sorgen, daß ihr das Guthaben bald abgeholt werde. Frau Treptow war so vorlichthig, beides abzulehnen, der Angeklagte erfuhr aber doch mehrere Daten über die Verhältnisse des Verstorbenen. Er fertigte dann einen Geburtschein desselben mit dem ebenfalls nachgemachten Stempel seiner Heimathsbekörde an und ferner einen Kontrakt, wonach der Tischlermeister Otto Treptow von der „Allien-Gesellschaft für Möbelfabrikation“ als Werkführer mit einem Monatsgehalt von 275 Mark angenommen worden war. Mit diesem Kontrakt und der Geburtsurkunde begab er sich zu verschiedenen Schneidemeistern und bestellte sich Kleider, die ihm auf Kredit verabfolgt wurden. Bei einem Uebemacher kaufte er eine goldene Kette für 85 M. und zahlte sie mit einem Wechsel, den er als Werkführer Otto Treptow akzeptirte. Unter Auswendung von großer Mühe fertigte der Angeklagte dann eine Anzahl Schlüsselscheine an, wonach er dem vereideten Makler Rudolf Epstein eine Anzahl Werthpapiere und Aktien zum Verkauf übergeben hatte. Auch diese benutzte er, um sich Kredit zu verschaffen. Seine Ehefrau hatte ein nicht unbedeutendes Vermögen, bestehend in Werthpapieren, eingebracht; der Angeklagte hat es bis zum letzten Pfennig veräußert. Um sie zu täuschen, verlehnte er die Papiere durch gefälschte Schlüsselscheine. Bei dem Angeklagten wurde ferner eine ganze Anzahl gefälschter Sparbänken gefunden, er wird sich dieserhalb demnächst vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Im gestrigen Termine war der Angeklagte im wesentlichen geständig, er gab an, daß er sich für den Beruf eines Privatdetektivs vorbereiten und andererseits versuchen wolle, wie lange es wohl dauern würde, bis die Kriminalpolizei hinter seine Schliche käme. Der Verteidiger regte die Frage an, ob es nicht geboten sei, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Gerichtshof gewann aber die Ueberzeugung, daß derselbe völlig gesund sei. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängniß und dreijährigen Ehrverlust.

Die Seeligkeit des Eigenthums. Im vorgestrigen „Reichs-Anzeiger“ wurde nachstehendes Urtheil des königlichen Amtsgerichts II zu Dillenburg publizirt: „Auf Antrag der königlichen Amtsanwaltschaft wird gegen die Ehefrau des Friedrich Brado von der Haagerhütte bei Haiger, jetzt mit unbekanntem Aufenthalt abwesend, wegen der Verschuldigung, am 22. Mai 1897, nachmittags 2 Uhr, im Distrikt 53 des Schöffbezirks Manderbach, eine halbe Welle trodenes Buchen-Leseholz entwendet zu haben, Uebertretung gegen § 1 Nr. 2 und § 2 des Forstdiebstahls-Gesetzes vom 15. April 1880, zu wofür als Beweismittel bezeichnet ist: königlicher Förster Junke zu Manderbach als Zeuge, eine Geldstrafe von 1 M. subsidär 1 Tag Gefängniß festgesetzt, auch ihre Verpflichtung zum Erfasse des Werthes des entwendeten Holzes mit fünf Pfennig an den Forstfiskus ausgesprochen. Zugleich werden ihr die Kosten mit 1,40 M. auferlegt. Der Ehefrau der Verurtheilten, Friedrich Brado von der Haagerhütte, jetzt ebenfalls mit unbekanntem Aufenthalt abwesend, wird in Gemäßheit des § 111c Forstdiebstahls-Gesetzes für den Fall des Unvermögens der Verurtheilten für Geldstrafe, Werthersatz und Kosten für haftbar erklärt. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn die Beschuldigten nicht in dem auf den 28. Oktober cur. vormittags 9 Uhr, vor dem königlichen Amtsgerichte hierfeldt in dessen Geschäftshause, Zimmer Nr. 3, anberaumten, eintretendenfalls zugleich zur Hauptverhandlung bestimmten Termine erscheinen und Einspruch erheben. Dillenburg, den 25. August. Königliches Amtsgericht II.“

Eine Warnung, die für eine bestimmte Person gelösten Wohnfahrkarte der Stadtbahn nicht ändern Person zur Benutzung zu überlassen, enthält eine gestern vor dem Schöffengericht verhandelte Betrugsklage gegen den Kaufmann A. B. Mäjer und dessen Lehrburschen Bösch. Letzterer wurde eines Tages von einem Kontrollleur der Stadtbahn mit einer auf den Namen des ersten Angeklagten lautenden und von diesem unterschriebenen Wochenkarte festgehalten und danach befragt, ob er der Eigenthümer der Karte sei. Er bejahte dies und nannte sich Mäjer, als dann aber eine Schriftprobe von ihm verlangt wurde, gestand er ein, daß die Karte seinem Chef gehöre, dieser sie ihm aber überlassen habe, um eine Befragung zu machen. Mäjer wollte glauben machen, daß er die Wochenkarte thatsächlich für den Lehrburschen gekauft und nur irrtümlich mit seinem Namen unterzeichnet habe, die Beweisnahme entsprach aber dieser Behauptung nicht. Das Schöffengericht sprach beide Angeklagte des Betruges schuldig und verurtheilte Mäjer zu 30 M. Geldstrafe, Bösch zu einem Verweise.

Ein etwas zu schneller Brief, den der jetzige Direktor des Münchener Volkstheaters Emil Drach an den Inhaber der Theater-Agentur Felix Bloch's Erben, Herrn C. Ritter, gerichtet, hat Anlaß zu einer Privatklage des letzteren gegeben. Herr Drach war mit dem Kläger in Differenzen gerathen und hatte einen etwas deutlichen Brief an ihn gerichtet. Er warf darin dem Adressaten vor, daß er sich „in unqualifizirbarer, tief unter seinen Lebensgewohnheiten stehender Weise“ betragen habe, er forderte ihn auf, „sich den Formen des normalen Umganges anzubequemen“ und drohte ihm, daß sein Betragen in einer ersten Berliner Zeitung geschildert werden würde. Das Schöffengericht verurtheilte den Briefschreiber zu 30 M. Geldstrafe.

Aufgehobenes Urtheil. Aus Darmstadt wird berichtet: Im Wiederannahme-Verfahren wurde der am 12. September 1896 wegen Sittlichkeitsverbrechens zu drei Jahren Gefängniß verurtheilte Realgymnasial-Direktor Dr. J. Bohn zu Heppenheim für nicht schuldig befunden und freigesprochen. Zugleich wurde die Aufhebung des früheren Urtheils angeordnet und die Kosten der Staatskasse zur Last gelegt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Bei der Firma Hoffmann u. Kühnemann haben gestern sämtliche Formner, auch die Maschinenformner, die Arbeit eingestellt. Die Firma verlangte die Anfertigung von Arbeit aus der Vorsig'schen Fabrik, in der gegenwärtig die Formner gleichfalls im Auslande stehen. Nach dem Vorgehen des Verbandes der Eisen-Industriellen werden im Laufe der nächsten Tage sämtliche Formner vor die Frage gestellt werden, ob sie die Vorsig'sche Arbeit machen wollen. Laut Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung haben sich sämtliche Formner verpflichtet, diese Arbeit zu verweigern, und da, wo solche angeboten wird, die Arbeit einzustellen.

Zug nach Berlin ist streng ferngehalten. Der Vertrauensmann, Q. Müller.

Den Gewerkschaften dürfte zu ihren bisherigen Aufgaben bald noch eine weitere zuzufallen; sie werden Stellung zu nehmen haben zu den Zwangsinnungen. Der kürzlich veranlagt gewesene Ausschuß der Berliner Innungen hat sich bereits mit der Frage beschäftigt; es wurde beschloffen, daß, sobald die gesetzlichen Vorschriften in Kraft treten, die Umwandlung in Zwangsinnungen von allen Innungen betrieben werden soll. Auch die Arbeiter werden sich wohl oder übel mit der Angelegenheit beschäftigen müssen. Denn so sehr sie auch die ganze Innungsbewegung bekämpfen, so sehr sie überzeugt sein mögen, daß die „Organisation des Handwerks“ dessen Niedergang nicht aufzuhalten vermag, so wenig würde es im Interesse der Arbeiter liegen, wenn die Klassenbewußte Arbeiterbewegung sich den Bestrebungen der Zünftler gegenüber gleichgiltig verhalten wollte. Die organisirten Arbeiter haben im Gegentheil die Pflicht, in die Gesellenausschüsse hineinzugehen und zu suchen, ihrem Einfluß zu gunsten der Berufsgenossen Geltung zu verschaffen.

Verloren gegangen sind acht Sammellisten der streikenden Ristenmacher und zwar die Nr. 159-166. Dieselben bitten wir anzuhalten und an C. Tschernig, Fürststr. 16, abzuliefern. Die Kommission der Ristenmacher.

Waarenhaus **Fr. Pflingst & Co.**

Ecke Neue Friedrichstrasse, **Königstr. 33.** Ecke Neue Friedrichstrasse,
direkt am Bahnhof Alexanderplatz. direkt am Bahnhof Alexanderplatz.

Gardinen.

Englische Tüll-Gardinen, von 2 Seiten gebogt, Meter 22 Pf.
Englische Tüll-Gardinen, Prima-Qualität, in neuesten Palmen-
und Arabesken-Mustern, Meter 35, 40, 45, 50, 60 „
Englische Tüll-Gardinen, abgepasst, 3 Seiten gebogt, mit Band
eingefasst, Fenster 1,65, 2,50, 3,00 Mk.
Englische Tüll-Gardinen, Prima-Qualität, 3 Seiten gebogt, mit Band
eingefasst, Fenster 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 7,50 „

Teppiche.

Axminster-Sopha-Teppiche, Stück 4,65 Mk.
Axminster-Sopha-Teppiche,
Prima-Qualität, Stück 5,75, 6,75 „
Salon-Teppiche, Tapestry, Velour, Smyrna,
Velvet, Stück 12,50, 16,50, 20,00, 25,00 „
Imit. Smyrna-Teppiche in überraschender
Musterauswahl, Salongrösse St. 52,50, 65,00, 75,00 „

Ein gr. Posten Portièren-Stoffe mit golddurchwebten Streifen, doppeltbreit, Mtr. 38 Pf.

Portièren.

Portièren, 3 Meter lang, Stück 1,15 Mk.
Köper-Portièren mit Gold durchwebt, Stück 1,95 „
Portièren, 3,25 Meter lang, mit Bordüre, Stück 2,50 „
Crêpe-Portièren, 3,25 Meter lang, einfarbig, mit hocheleganten
Bordüren, Stück 3,50, 3,85, 4,10, 5,50, 6,00, 7,- „

Tischdecken.

Tischdecken aus Fantasiestoff mit Schnur und Quaste, Stück 1,25 Mk.
Tischdecken aus Fantasiestoff mit Gold durchwirkt, mit Schnur
und Quaste, Stück 1,85 „
Tischdecken aus einfarbig. Brocatstoff, bordeaux u. grün, Stück 2,25 „
Woll-Plüsch-Tischdecken, Stück 5,25 „

Kostüm-Röcke aus reinwollenem Cheviot,
schwarz u. farbig, Stück 6,50 Mk.

Blousen aus Barchend, schöne Muster,
Stück 85 Pf.

Kleiderstoffe.

Cheviot, reine Wolle, doppeltbreit, Meter 45 u. 60 Pf.
Crêpe-Cheviot, reine Wolle, doppeltbreit, Meter 75 „
Cheviot, reine Wolle, doppeltbreit, extra schwere Qualität, Meter 95 „
Diagonal-Cheviot, 115 Centimeter breit, reine Wolle, Meter 1,85 Mk.

Leinen- und Baumwollwaaren.

Tischtücher, Drell-Gewebe, Stück 40 u. 70 Pf.
Servietten, Hausmacher, schwere Qualität, Stück 18 „
Elsasser Hemdentuch, stark u. feinfädig, Met. 18 u. 26 „
Piqué-Barchend, Meter 35 „

Damen-Wäsche.

Damen-Hemden aus Hemdentuch mit Spitze, Stück 55 Pf.
Damen-Hemden aus Hemdentuch, mit reicher
Slickerei, Stück 98 „
Damen-Jacken aus weissem Piqué-Barchend, Stk. 100 „
Damen-Hosen aus Barchend, Stück 70 „

Bezüge und Bettlaken, fertig genäht.

Bunte Bettgarnituren, bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kopfkissen
zum Schnüren, Stück 3,- Mk.
Weisse Bettgarnituren, bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen,
vollkommene Breite 3,50 „
Bettlaken aus schwerem Halbleinen, fertig genäht, Stück 1,25 „
Inlett, vollständige Bettbreite, rosa und rosa gestreift, Meter 68 Pf.
Inlett, vollständige Kissenbreite, rosa und rosa gestreift, Meter 45 „

Steppdecken

aus rein wollenem Atlas
Stück 3,75 Mk.

Portièren-Ketten

Stück 18 Pf.

Chinesisch. Ziegenfelle

Stück 1,50 Mk.

Axminster Vorlagen

Stück 82 Pf.

